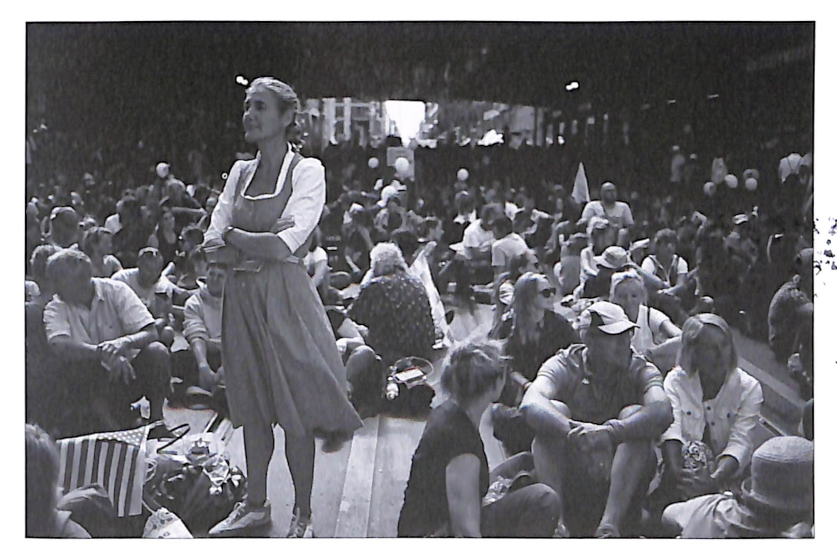

Wenn jede Maske gefallen ist ...
WWG1WGA
TIME FOR THE PAIN
SOUVERÄN
derrechterand
Das Antifaschistische Magazin
Ausgabe 186 September / Oktober 2020 31. Jahrgang 3,50 Euro

Inhalt und Editorial

*Das Titelbild zeigt die Berliner Demonstration am 29. August 2020, an der Corona-Leugner*innen, Weltverschwörungsanhänger*innen und Reichsbürger*innen teilnahmen. Photo: Mark Mühlhaus / attenzione*

Liebe Leser*innen,

hierzulande haben in den letzten Monaten vor allem die sogenannten »Corona-Demonstrationen« erschreckt. Dass bis zu 40.000 einträchtig Seite an Seite mit Neofaschist*innen demonstrieren, ist eine neue Dimension in der Bundesrepublik. Die Massenbewegung, wie es sich ein Björn Höcke wünscht, ist dies zwar noch nicht, die 15 Prozent der Bevölkerung, die nationalistisch-autoritäre Weltsichten vertreten, spiegelt der Berliner Aufmarsch der »Corona-Leugner« am 29. August allemal wider. Mitunter sogar jenes Drittel der Bevölkerung, das laut Umfragen für Verschwörungserzählungen anfällig ist. Diese Bürger*innen bilden das Potential für ein neues, erweitertes PEGIDA 2.0. Stand die »neue Rechte« in Dresden noch mit an der Spitze, sieht sie sich nun in der Position der Radikalisierungsverstärker in zweiter Reihe. Ob das der Strategenrunde von »Alternative für Deutschland«, Institut für Staatspolitik« und »Identitären« gefällt, ist noch nicht abschließend ausdiskutiert. Während Höcke und Martin Sellner das Berliner Bild mitgestalteten, blieb Götz Kubitschek dem braun-bunten Spektakel fern. Ihre Statements wechseln wöchentlich zwischen nationalrevolutionären Umsturzphantastereien und ideologischer Abgrenzung. Denn ganz geheuer scheint ihnen der Bund mit Esoteriker*innen und Querfrontler*innen jeder Couleur nicht zu sein. Weniger wegen moralischer Bauchschmerzen, sondern aufgrund der Frage, ob diese für eine neurechte, konservative Revolution überhaupt taugen.
Umgekehrt ist die Liaison ähnlich motiviert. Die »Querdenken«-Bewegung mit ihrer Hochburg in Südwestdeutschland hat zwar keinerlei Berührungsängste mit Rechtsaußen und formuliert dies auch so: Die Bundesregierung sei die größere Gefahr für die Demokratie als die extreme Rechte. Aber zugleich zeugt der offene Clinch zwischen »Volkslehrer« Nikolai Nerling und »Querdenken«-Chef Michael Ballweg stellvertretend vom instrumentellen Verhältnis beider Szenen. Die kommenden großen »Corona-Leugner«-Kundgebungen und Märsche werden Aufschluss darüber geben, ob dieser Schulterschluss in der Mobilisierung seine Halbwertszeit bereits überschritten hat, oder ob sich ihr wechselseitiger Opportunismus verstetigt.
Für die »Alternative für Deutschland« gibt es angesichts sinkender Umfragewerte eigentlich keine andere Wahl, als sich weiter als Versteherin der Verschwörungsideolog*innen und Wutbürger*innen anzubiedern. Den »Reichsbürgern« und Nazi-Hooligans könnte der »ungefestigte« Wanderzirkus trotz bildgewaltigen und symbolträchtigen Treppensturm des Reichstags zu wenig militantes Potential haben. Und die Alternativen Querfrontler*innen geben sich im Zweifel als Opfer aller Seiten.
Das heißt für uns als Antifaschist*innen, ihre weichgespülten Fassaden zu durchdringen, um sie als das zu entlarven was sie sind: quergebürstete Nationalist*innen und Antisemit*innen.
Seit Jahren, genauer gesagt seit über 20 Jahren beobachten und entlarven wir auch die Machenschaften vom »Institut für Staatspolitik« aus Schnellroda. Sammeln Informationen über den Verein, den »Antaios Verlag« und die Zeitschrift »Sezession«. Wir analysieren in neuen und schon gedruckten Texten so den Werdegang und Spaltungen der »Neuen Rechten« in Deutschland. Unsere Recherche und unsere Analyse zum Projekt der Faschist*innen im 21. Jahrhundert veröffentlichen wir als antifaschistisches Magazin nun in unserem ersten Buch, das im Oktober erscheint.



Deutsche Bürger*innen vereint als verschwörungsgläubige Jünger*innen in Berlin am 29. August 2020.

#Verschwörungsgläubige

Abstand halten

von Volkmar Wölk

1968 prägte Andy Warhol den Ausspruch: »In Zukunft wird jeder 15 Minuten berühmt sein.« Lange vor den »Reality«-Shows mit Prominenten, die niemand kennt und die um ihre 15 Minuten Ruhm zu bester Sendezeit kämpfen, die wiederum die lukrativen Werbeverträge bringen sollen, wies er auf die Flüchtigkeit des Ruhms hin.

Tamara Kirschbaum, die Heilpraktikerin mit den Dreadlocks, hat ihre fünfzehn Minuten Ruhm am 29. August in Berlin gehabt. Die Frau, deren Aussehen auf eine Vergangenheit in der Alternativszene deutet und deren Kind selbstverständlich zur Waldorfschule geht, war Teil des Protestes der »Corona-Rebellen«. Das brachte ihr dann die besagten »15 Minuten Ruhm«. Direkt vor dem Berliner Reichstag, bei einer der Veranstaltungen gegen die – so die Diktion der Demonstrierenden – »Corona-Diktatur«, rief sie vor wehenden Fahnen des Kaiserreiches und Flaggen Russlands wie auch der USA zum angekündigten »Sturm auf den Reichstag«.

Tamara Kirschbaum war eine von bis zu 50.000 Demonstrierenden an jenem Tag, eigentlich durch Zufall an herausgehobener Stelle und im Rampenlicht. Handelte es sich bei der Menge, deren Sprachrohr sie plötzlich geworden war, um »unterschiedliche oder gar gegensätzliche Spektren«, so ein Teil der Medien, um »eine [gefährliche] Querfront«, so ein anderer Teil der Medien, um eine »heterogene extreme Rechte«, wie ein Vorschlag aus der Linken lautet, oder gar um die Verkörperung der »Mosaikrechten«, die sich der neu-rechte Journalist Benedikt Kaiser herbeiwünscht? Der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Baum, einer der wenigen verbliebenen Liberalen, zog sein Resümee in einem Gastbeitrag im »Tagesspiegel«: »Wer von den Ereignissen um und vor dem Reichstag überrascht ist, der hat nicht wahrgenommen, wie stark sich Rechtsextremismus und Angriffe gegen unser ‹System›, also die Demokratie entwickelt haben. Was wir da sahen, war nur die Spitze des Eisberges.«

Und auf der Spitze des Eisberges stand Tamara Kirschbaum. Übersetzen wir uns ihre Interviewäußerungen. Eingangs vereinigt sie die Versammelten mittels zweier mächtiger Fahnenwörter: »Frieden« und »Freiheit«. Diese seien das gemeinsame Ziel gewesen. Beide werden im allgemeinen Verständnis als so wichtig angesehen, dass ihre Erlangung oder ihr Erhalt auch Regelverletzungen und ansonsten als kriminell angesehene Handlungen rechtfertigen. Beide Begriffe sind von ihrem Bedeutungsinhalt her »leer«, das heißt, dass jede*r sie beliebig mit dem persönlichen Inhalt füllen kann, alle Beteiligten aber zugleich davon ausgehen, dass die anderen das Gleiche darunter verstehen. Kirschbaum verstärkt diesen Einheitsdiskurs durch die Beteuerung, es gehe dabei nicht um »links« oder »rechts«, die ohnehin irrelevant seien. Die abgelehnte Dichotomie sei erzeugt durch die Regierung, also durch jene Kräfte, gegen die gekämpft wird. Damit ist das gemeinsame Feindbild benannt. Diese Regierung und ihre Organe seien illegitim. Die Legitimität liege beim Souverän, dem Volk. Jede Form von Widerstand gegen die illegitime Macht ist folglich legitim. Das ist nichts anderes als ein Bürgerkriegsdiskurs, der von Hass getragen bei jeder Gelegenheit herausgebrüllt wird.

Jene minoritäre politische Bewegung ist bei Strafe des Scheiterns und der Bedeutungslosigkeit dazu gezwungen, Anschlussfähigkeit in andere politische Spektren zu finden, die nicht gleichermaßen der gesellschaftlichen Ausgrenzung unterliegen. Die Anschlussgewinnung gelingt umso besser, je stärker die Fahnenwörter sind, hinter der man die zu Einigenden zu scharen versucht. »Frieden« und »Freiheit« sind genau solche Wörter. Dieser Anschluss ist gelungen. Voll und ganz.

Neu ist das alles nicht. Als zu Beginn der 1980er Jahre, während der großen Friedensbewegung gegen die Stationierung der Pershing-II-Raketen, von Linken die Zusammenarbeit mit Nationalisten wie Alfred Mechtersheimer kritisiert wurde, kam sofort der Widerspruch vom orthodoxen Parteikommunismus: Gattungsfragen seien wichtiger als die Unterscheidung von links und rechts, von der Atomkriegsgefahr seien alle Menschen betroffen. Theoretisch wurde dies unterfüttert durch die These von »Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus«. Folglich wurde auch nicht problematisiert, dass zu der Demonstration im Bonner Hofgarten auch rund ein Dutzend Gruppen der extremen Rechten aufrief.

Was tun? Den allgemeinen Hygieneregeln folgen! Also zuerst: Abstand halten. Punkt. Die Mitwirkung an entsprechenden Aktionen verbietet sich. Der Versuch der Einwirkung auf Akteur*innen ist sinnlos. Und dann: Eigenschutz und Fremdschutz. Kontakt ja, Kooperation nein. Die Mund-Nasen-Schutzmaske des politischen Diskurses ist das Gespräch mit jenen, die verunsichert sind, nach Wahrheiten suchen. Zuletzt Geduld. Manche müssen immer wieder aufgefordert werden, die Maske aufzusetzen. Einige werden es trotzdem nicht tun. Manche werden unermüdlich immer neue Verschwörungsmythen erzählen. Zum Schutz der anderen muss immer wieder nach Beweisen gefragt werden. Und dann wieder Abstand halten.



Bayern

##CoronaLeugner

Von Stuttgart nach Berlin

In vielen Städten gehen seit diesem Frühjahr Impfgegner*innen, Verschwörungsideolog*innen und extrem Rechte auf die Straße. Ob diese Demonstrationen ein neues PEGIDA werden, ist noch offen. Eine nationalistische und antisemitische Querfront bilden sie aber bereits allemal.

von
Robert Andreasch,
Sören Frerks,
Lisa Krug und
Lucius Teidelbaum

Berlin

Seit Ende März wird Berlin im Wochentakt zum Schauplatz von Corona-Aufmärschen. Zu den ersten sogenannten »Hygienedemos« kamen in Berlin seit dem 28. März bis Ende Mai dieses Jahres zwischen einigen Dutzend und in der Spitze 1.000 Anhänger*innen zusammen. Bekannte Größen von Rechtsaußen, darunter der Querfront-Anhänger Ken Jebsen und Holocaustleugner Nikolai Nerling, waren mit von der Partie. Ihre Anwesenheit provozierte keinen Widerspruch.

Am 9. Mai kam es auf dem Berliner Alexanderplatz bei einer Kundgebung mit 1.200 Menschen zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Unter den Teilnehmer*innen befanden sich auch rechte Hooligans. Zuvor wurde am selben Tag Attila Hildmann auf der Reichstagswiese bei einer nicht angemeldeten Kundgebung festgenommen. Seither versuchte der durch vegane Kochrezepte bekannt gewordene Imbissbetreiber mit persönlichen Auftritten vor dem Bundestag und Autokorsos die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Am 26. Juni wurde ein Kamerateam auf einer seiner Kundgebungen an der Berliner Messe aggressiv bedrängt und am 18. Juli posierte er auf der Museumsinsel mit einer Reichskriegsflagge und wiederholte: »Hitler war ein Segen im Vergleich zur Kommunistin Merkel.« Außerdem wünschte er sich öffentlich die Todesstrafe für den Grünen-Politiker Volker Beck. Seitdem laufen Ermittlungen gegen ihn wegen Volksverhetzung, Beleidigung und öffentlicher Aufrufe zu Straftaten. Weitere Veranstaltungen von Hildmann wurden daher behördlich untersagt, so auch am 1. August 2020.



Berlin

Am gleichen Tag gingen aber bis zu 30.000 Corona-Leugner*innen in Berlin auf die Straße. Darunter zahlreiche Neonazis mit Reichsflaggen. Als ein Hauptredner sprach der rechte Social-Media-Newcomer Heiko Schrang. Auch der Verschwörungsbuch-Autor Thorsten Schulte, der in der Vergangenheit im neu-rechten Kopp-Verlag veröffentlichte, war zugegen. Ebenfalls anwesend war der wegen des geplanten Sprengstoffanschlags auf das Jüdische Zentrum München verurteilte Rechtsterrorist Martin Wiese. Nachdem auf der Demonstration alle Abstandsregeln ignoriert wurden, löste die Polizei die Veranstaltung auf. Bei einer Kundgebung tags darauf am Brandenburger Tor sprach »Querdenken711«-Kopf Michael Ballweg intensiv mit Nerling. Berührungsängste zu Neonazis? Fehlanzeige.

Parallel dazu kommt es auf der Reichstagswiese regelmäßig zu Kundgebungen, unter anderem vom Ex-NPD-Politiker Rüdiger Hoffmann, der heute als Reichsbürger gilt und das Portal »staatenlos.info« betreibt.

Der für den 29. August angekündigte Großaufmarsch »Fest des Friedens und der Freiheit« wurde entgegen eines polizeilichen Verbots vom Berliner Oberlandesgericht erlaubt. Etwa 40.000 Teilnehmer*innen kamen nach Berlin-Mitte. Darunter schätzungsweise bis zu 8.000 Reichsbürger*innen, Neonazis, völkische Esoteriker*innen und andere extreme Rechte aus dem gesamten Bundesgebiet. Einer davon wurde mit einer Schusswaffe festgenommen. Gesichtet wurden unter anderem Thorsten de Vries, Robin Schmiemann, André Poggenburg, Alexander Kurth und Udo Voigt. Außerdem Mike Sawallich, ein Vertrauter des mutmaßlichen Lübcke-Mörders Stephan Ernst. Von der »Alternative für Deutschland« (AfD) präsentierte sich mit 39 Abgeordneten fast die Hälfte der gesamten Bundestagsfraktion. Darunter Jens Maier, Björn Höcke und Armin-Paul Hampel. Zudem waren mehrere Dutzend rechte Hooligans vor Ort. Mehrfach konnten Absperrungen durchbrochen werden und am Abend wurde der angekündigte Sturm auf das Reichstagsgebäude versucht – ein in der Bundesrepublik bisher wohl einmaliger Vorfall. Ein Video zeigt Gavin Singer von der »Jungen Alternative« an vorderster Front. Es soll mindestens 300 Festnahmen gegeben haben.

Das inoffizielle Motto für den Tag in den sozialen Medien lautete »Sturm auf Berlin«. Mobilisiert hatte erstmals die gesamte extreme Rechte, darunter die NPD, »Der III. Weg«, »Identitäre« und »Blood & Honour«-Kreise. Aus der AfD riefen nahezu alle bundesweit bekannten Scharfmacher*innen dazu auf: Stephan Brandner, Tino Chrupalla, Alice Weidel und Björn Höcke. »Compact«-Chef Jürgen Elsässer ernannte das Datum im Vorfeld sogar bedeutungsschwanger zum »wichtigsten Tag seit 1945«. Und Götz Kubitschek vom »Institut für Staatspolitik« sah schon ein historisches Fanal: Der Traum verstetigter Proteste werde wahr.

Bereits am Vorabend ließen sich Elsässer und »Identitären«-Chef Martin Sellner bei Hoffmanns Kundgebung auf der Reichstagswiese und während einer Veranstaltung am Brandenburger Tor blicken. Ebenso Wjatscheslaw Seewald von der Anastasia-Bewegung. Am Rande wurde »Querdenken 711«-Pressesprecher Stephan Bergmann, der in den Monaten zuvor durch rassistische Aussagen auffiel, vom Identitären Simon Kaupert interviewt.



NRW

Baden-Württemberg

Der Südwesten ist eines der Zentren der Pandemie-Leugner*innen. Insgesamt gab es vom 1. April bis zum 23. August 2020 in Baden-Württemberg Ankündigungen für mindestens 564 Demonstrationen an mindestens 88 Orten. Die (extreme) Rechte ließ sich bei knapp 50 Demonstrationen als Veranstalterin ausmachen, davon in 21 Fällen die AfD. Deren Veranstaltungen mobilisierten aber nur einmal 100 Personen.

Über 1.000 Personen nahmen dagegen an Demonstrationen in Ehningen (3. Mai), Leonberg (7. Juni), Mannheim (18. Juli), Ravensburg (9. und 16. Mai), Ulm (13. Juni) und Stuttgart (2., 9., 16., 31. Mai) teil. Auf dem Höhepunkt versammelten sich dort am 9. Mai über 10.000 Menschen auf dem Cannstatter Wasen bei einer »Querdenken«-Demonstration. Knapp 100 Demonstrationen fanden unter diesem Motto statt. Das Label »Querdenken« entstand Mitte April und findet inzwischen bundesweit Verwendung.

Initiator der ersten Gruppe namens »Querdenken 711 – Stuttgart« ist der IT-Unternehmer Michael Ballweg aus der Landeshauptstadt. Ballweg präsentiert sich als Esoteriker und mimt den Unpolitischen. Doch am 6. April teilte er im Internet ein NS-verharmlosendes Bild, das Bill Gates als Nazi und im Hintergrund ein aus Spritzen geformtes Hakenkreuz zeigt. Zu der von ihm angemeldeten Demonstration am 29. August in Berlin habe er außerdem den rechten US-Präsidenten Donald Trump eingeladen. Ballweg und seine Gruppe waren bereits maßgeblich für die Berliner Großdemo am 1. August verantwortlich.

Bayern

Von Beginn an kommunizierten Corona-Leugner*innen aus der Region München online in mehreren neueröffneten Telegram-Gruppen. Aus genau diesen Strukturen fanden sich dann Organisator*innen und Redner*innen für die ersten Versammlungen zusammen. Diese bekamen wiederum rasch großen Zulauf, sodass auf dem Marienplatz zu Hochzeiten der öffentlichen Corona-Beschränkungen am 9. Mai 2020 bis zu 3.000 Teilnehmende aufliefen. Dass die Polizei sie gewähren ließ, fachte die selbstbewusste Stimmung weiter an.

Die wechselnden Organisationsnamen und Veranstaltungstitel, von »Grundrechte München«, »diegedankensindfrei« bis »Querdenken 089«, entsprechen nicht den im Hintergrund gleichbleibenden Akteur*innen. Manche von ihnen waren schon bei den »Friedensmahnwachen« im Jahr 2014 oder bei Impfgegner*innen, den antimuslimischen Kundgebungen des Rassisten Michael Stürzenberger und bei PEGIDA-Aufmärschen in München zugegen. Josef Dohrenbusch, der sich gern in den Vordergrund schiebt, war bereits als »Lebensschützer« aktiv. Regelmäßig haben auch AfD-Politiker bei den Versammlungen gesprochen oder teilgenommen. Darunter die Bundestagsabgeordneten Petr Bystron, Wolfgang Wiehle und Hansjörg Müller. Gemein ist ihnen allen eine ideologische Radikalisierung in kürzester Zeit. Die instrumentelle Berufung auf Grundgesetz und Versammlungsfreiheit wurde längst durch verschwörungsideologische und reaktionäre Parolen abgelöst; heute dominieren Reichsbürgerpropaganda, »QAnon«-Märchen und Antisemitismus die Online-Kanäle. Hinzu kommt eine unsägliche NS-Relativierung, indem zum Beispiel die Bilder von Lagertoren deutscher KZ-Vernichtungslager abgewandelt werden mit Aufschriften wie »Corona macht frei«, »Impfen macht frei« oder man sich per T-Shirt-Aufschrift als »Weiße Rose 2.0« inszeniert.

In den letzten Wochen nahm die Teilnehmendenzahl, die zwischenzeitlich stark abgesunken war, wieder auf bis zu 800 Personen pro



*Hunderte Veranstaltungen mit vielen tausend Teilnehmer*innen im ganzen Bundesgebiet*

Versammlung zu, wie am 15. August in München. Dazu hat vor allem beigetragen, dass sich zur »Wutbürger«-Szene mittlerweile zahlreiche Esoteriker*innen gesellen und es eine Zusammenarbeit von deutschen und österreichischen Initiativen gibt. Auch in Augsburg und Nürnberg gab es ähnliche Demonstrationen.

Mecklenburg-Vorpommern

Im Nordosten formieren sich seit Anfang Mai in den größeren Städten Proteste gegen Corona-Verordnungen. Die Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern organisieren sich vorwiegend in Telegram-Kanälen. Als wäre es selbstverständlich, diskutieren in diesen Chats Personen, die unter wirtschaftlichen Einbußen infolge der Pandemie litten, gemeinsam mit Aktivist*innen aus der Esoterik-, Verschwörungs-, Impfgegner*innen- und Neonazi-Szene über die Abschaffung des »Systems« oder einen angeblichen »Impfzwang«.

Schnell schaffte es diese Querfront in verschiedenen Städten wie Wismar, Schwerin, Rostock oder Neubrandenburg Veranstaltungen mit jeweils mehreren 100 Teilnehmer*innen zu organisieren. Bei diesen sogenannten »Corona-Spaziergängen« nahmen regelmäßig Neonazis teil, wie von den »Nationalen Sozialisten Rostock« oder dem »Aktionsblog«. Am Rande kam es mitunter zu Übergriffen auf Gegendemonstrant*innen und Journalist*innen.

Die Polizeibehörden reagierten erst mit Verzögerung auf die teils unangemeldeten Aufmärsche. So kam es bei einigen der Hauptorganisator*innen der Gruppierungen zu Hausdurchsuchungen, woraufhin sich einige aus den Organisationsstrukturen zurückzogen. Mehrere Demonstrationen wurden durch die Polizei unterbunden und am 25. Mai in Rostock wurden 230 Teilnehmer*innen eines solchen »Spaziergangs« festgesetzt. Mittlerweile haben Dynamik und Eskalationspotential abgenommen. In Westmecklenburg gibt es nur noch einzelne Zusammenkünfte; in Rostock und Neubrandenburg sind weiterhin montags Gruppen mit zweistelliger Teilnehmer*innenzahl auf der Straße.

Nordrhein-Westfalen

Laut einer Zählung des Antifa-Magazins »Lotta« fanden von Anfang April bis Ende Juni in Nordrhein-Westfalen 291 Demonstrationen im Zusammenhang mit Protesten gegen die Corona-Verordnungen statt. Bis Mitte August lassen sich solche Proteste in mindestens 75 verschiedenen Städten feststellen.

Die AfD organisierte sechs kleinere Demonstrationen, von denen lediglich eine etwa 100 Beteiligte anzog. Weitere extrem rechte Veranstalter*innen waren die Gruppen »Aufbruch Deutscher Patrioten« in Leverkusen (20. Juni), »Mönchengladbach steht auf« mit acht Demonstrationen zwischen dem 3. Mai und 14. Juni sowie die Kleinstpartei »Deutsche Mitte« in Köln (20. Juni). In fünf Städten gingen mindestens 500 Menschen auf die Straße: Aachen 16. Mai, Wuppertal 30. Mai, Dortmund 9. August, Düsseldorf (vier Mal zwischen dem 16. Mai und 25. Juli) und Köln (ebenso vier Veranstaltungen zwischen 9. und 30. Mai). In Dortmund waren es am 9. August sogar 2.500 Personen. In der Landeshauptstadt zogen die »Corona-Rebellen Düsseldorf« (CRD) am 20. Juni über 1.100 Menschen an. Hier durfte auch der AfD-OB-Kandidat Florian Josef Hoffmann ans Mikro. Kaum verwunderlich, denn Anmelder der CRD-Aufmärsche war mehrmals der Höcke-Anhänger und einstige »Dügida«-Aktivist Bernd Bruns.

Auf der Suche nach demokrati finden gelegentlich Faschismus auch we empört

#Umarmungsstrategie

Faschismus – Bürgertum

von Volkmar Wölk

In seinem »Lumpenlied« charakterisierte der anarchistische Dichter Erich Mühsam, den die Nazis am 10. Juli 1934 im KZ Oranienburg ermordeten, den Typus des Bürgers so: »Der Bürger blank von Stiefellack, mit Ordenszacken auf dem Frack, der Bürger mit dem Chapeau claque, fromm und voll Redlichkeit.« Und weiter: »Der Bürger kann gesittet sein, er lernte Bibel und Latein.« Der Bürger verfügt über »den Geldsack und das Schießgewehr«. Aber wie die von ihm verachteten Lumpen ist er ein schnöder Dieb, mit einem einzigen Unterschied: »Bloß macht man uns das Stehlen schwer. Doch er kriegt mehr als sein Begehr. Er schröpft dazu die Taschen leer von allem Arbeitstier.« Der Bürger, eine durch und durch negative Figur, steht deutlich im Gegensatz zum Proletarier. Mühsam zeichnet eine Klassengesellschaft, eine antagonistische: Bürger gegen Proletarier.

Die Zeiten solcher Eindeutigkeiten scheinen vorbei. Den Chapeau claque, den Zylinder, trägt längst kein Bürgersmann mehr, auch die Stiefel sind aus der Mode gekommen. Die Bildung wird ihm – wie beim Bildungsbürgertum – weiterhin zugeschrieben, aber seine Unterdrückerrolle und die des Ausbeuters sind weithin in Vergessenheit geraten. »Bürger« ist heute fast ausschließlich positiv konnotiert. Er steht nach allgemeiner Lesart für Maß und für Mitte, er strebt zum Kompromiss statt zu den Extremen. Er ist die Stütze des Staates, der Garant des demokratischen Gemeinwesens, der Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der beißende Spott von Erich Mühsam aus dem Jahr 1907 scheint heute aus der Zeit gefallen, ist erklärungsbedürftig.

Etabliert, nicht hinterfragt

Dass der Begriff »bürgerliche Gesellschaft« auch und vor allem etwas mit Eigentumsverhältnissen zu tun hat, bewegt sich in der Regel außerhalb des Alltagsbewusstseins. Zu absurd erscheint der Gedanke, das Bürgertum könnte einmal eine revolutionäre Klasse gewesen sein. »Bürger« und »Bourgeoisie« werden als zwei getrennte Erscheinungen aufgefasst. Spätestens seit den 1980er Jahren ist der Ausdruck »bürgerliche Gesellschaft« nahezu aus dem Sprachgebrauch verschwunden, war er »nur noch marxistisch gebräuchlich, im polemisch kritischen Sinne«, so Eberhard Braun 1984 in der linken Theoriezeitschrift »Argument«.

Die Vorstellung, dass wir in einer Industriegesellschaft leben, in der die Klassenunterschiede kaum noch eine Bedeutung haben, hatte sich im öffentlichen Bewusstsein weitgehend durchgesetzt. Der Begriff der Bürgergesellschaft setzte sich durch, später jener der Zivilgesellschaft. Dass der Bürger spezifische Interessen vertritt, auch Herrschaftsinteressen, blieb fortan weitgehend ausgeblendet. Das Diktum des Wissenschaftlers Roland Barthes aus dem Jahr 1957 war endgültig zur Realität geworden: »Die Bourgeoisie wird definiert als die soziale Klasse, die nicht benannt werden will.«

In diesem gesellschaftlichen Umfeld konnte es nur als Provokation verstanden werden, dass der einflussreiche marxistische Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl ein Buch vorlegte mit dem Titel »Formen bürgerlicher Herrschaft. Faschismus – Liberalismus« (1971). Der Band wurde trotzdem ein Bestseller. Kühnl setzte die beiden Ideologien keineswegs gleich. Er verwies darauf, dass es sich beim Faschismus um »eine im Kern kleinbürgerliche Protestbewegung handle, die sich gegen die soziale Deklassierung der Mittelschichten, gegen den Sozialismus als vermeintliche Hauptgefahr und gegen die bürgerliche Demokratie als vermeintlichen Grund des Übels richtet«. Seine wesentliche Ursache sei eine umfassende Krisenlage, »die bei breiten Schichten das Gefühl sozialer Unsicherheit und akuter Bedrohung hervorruft und das Vertrauen zur bürgerlichen Demokratie und ihren Parteien ernstlich erschüttert«. Und: »Mangels liberaler und demokratischer Traditionen war das deutsche Bürgertum für autoritäre und faschistische Ideologien anfälliger.«

Die AfD versucht es

Im Gegensatz zu heute war die Vorstellung, dass Liberalismus/Demokratie und Bürgertum eine untrennbare Einheit bilden, vor 50 Jahren noch kein Gemeingut. Man stelle sich vor, ein Funktionär der NPD hätte damals Folgendes erklärt: »Ich will bürgerliche Mehrheiten haben. Als bürgerliches Lager würde ich Union, FDP und NPD bezeichnen. Wenn sich Teile der CDU uns öffnen, sage ich: Hier beginnt ein Prozess, der intensiver werden wird.« Es wäre auf erregten Widerspruch gerade aus Union und FDP gestoßen, die berechtigt auf die Unterschiede zwischen den beiden Formen bürgerlicher Herrschaft verwiesen hätten. Wenn wir in dem obigen Zitat NPD durch AfD ersetzen, haben wir den Originalwortlaut einer Aussage des AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen im Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« Ende 2019. Der Aufschrei blieb diesmal aus. Erst recht das Nachdenken über Zusammenhänge zwischen Faschismus und Konservatismus, zwischen Bürgertum und Faschismus, über Zusammenhänge zwischen Faschismus und sozioökonomischen Faktoren und Krisenerscheinungen. Stimmen wie die von Wilhelm Heitmeyer, der auf die Ausbreitung der Erscheinung eines »verrohten Bürgertums« hinwies, blieben eine Ausnahmeerscheinung.

Meuthen behauptete nichts anderes als eine Wesensgleichheit zwischen Konservatismus, Liberalismus und seiner Partei, deren Vertreter*innen sich selbst häufig als »liberal-konservativ« charakte-

sch legitimierten Mehrheiten s und Bürgertum zusammen, enn Letzteres jegliche Nähe von sich weist.

risieren. Das ist insofern korrekt, dass sie insgesamt für die ökonomische Form der bürgerlichen Gesellschaft, auch Kapitalismus genannt, stehen. Und es ist natürlich insofern falsch, als sich Meuthens Partei mit den von Kühnl benannten Kriterien des Faschismus identifizieren lässt. Es geht gegen die Deklassierung der Mittelschichten, wobei in ihrem Fall diese als bis weit in das Unternehmertum ragend verstanden werden. Es geht noch immer um die Abwehr des Sozialismus, der im AfD-Verständnis inzwischen auch in der CDU angekommen ist. Und noch immer gilt der Kampf der Demokratie mit ihren Grund- und Freiheitsrechten.

Krise als Antrieb

Dass es zugleich »das Gefühl sozialer Unsicherheit und akuter Bedrohung ist«, aus dem sich die AfD speist, ist an ihrer Parteigeschichte abzulesen. Sie entstand im Gefolge der Finanzkrise 2008/2009 während der Eurokrise mit den Auseinandersetzungen um Finanzhilfen für Griechenland. In dieser Phase der Parteigeschichte ging es bei der bürgerlichen Partei AfD tatsächlich vorwiegend um die ökonomischen Interessen des Bürgertums. Aber sie wuchs, blühte und gedieh während der sogenannten Flüchtlingskrise ab 2014/2015. Spätestens seit diesem Zeitpunkt kämpft sie gegen den Kern der bürgerlichen Demokratie. Die Bürgerlichkeit der AfD hat einen Januskopf.

Aktuell geht es natürlich um die drohende Klimakatastrophe. Dort, wo es einem bürgerlich-konservativen Denken um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, der Umwelt und der Ressourcen geht, dreht sich beim bürgerlich-liberalen Denken alles um den Erhalt der bestehenden Profitmöglichkeiten. Die AfD hat das letztgenannte Lager gewählt und ist mit ihren Vorfeldorganisationen zu einer Triebkraft der Leugner*innen des Klimawandels geworden. Wie um die Bürgerlichkeit zu betonen, wird dann zur Kundgebung gegen den »Klima-Sozialismus« geladen. Doppelt hält besser.

Bourgeois oder Citoyen?

Bürgerlichkeit ist nicht gleich Bürgerlichkeit. Meuthen und seine Parteimitglieder wissen das natürlich. Sie profitieren von der Armut der deutschen Sprache. Wir haben nur ein Wort für den Typus »Bürger«. In Frankreich gibt es derer zwei: den Bourgeois und den Citoyen. Also den Besitzbürger und den demokratischen Staatsbürger. Wer wollte bezweifeln, dass die AfD bürgerlich ist, wenn der Bourgeois gemeint ist? Wer wollte ernsthaft behaupten, sie sei bürgerlich, wenn an den Citoyen gedacht wird?

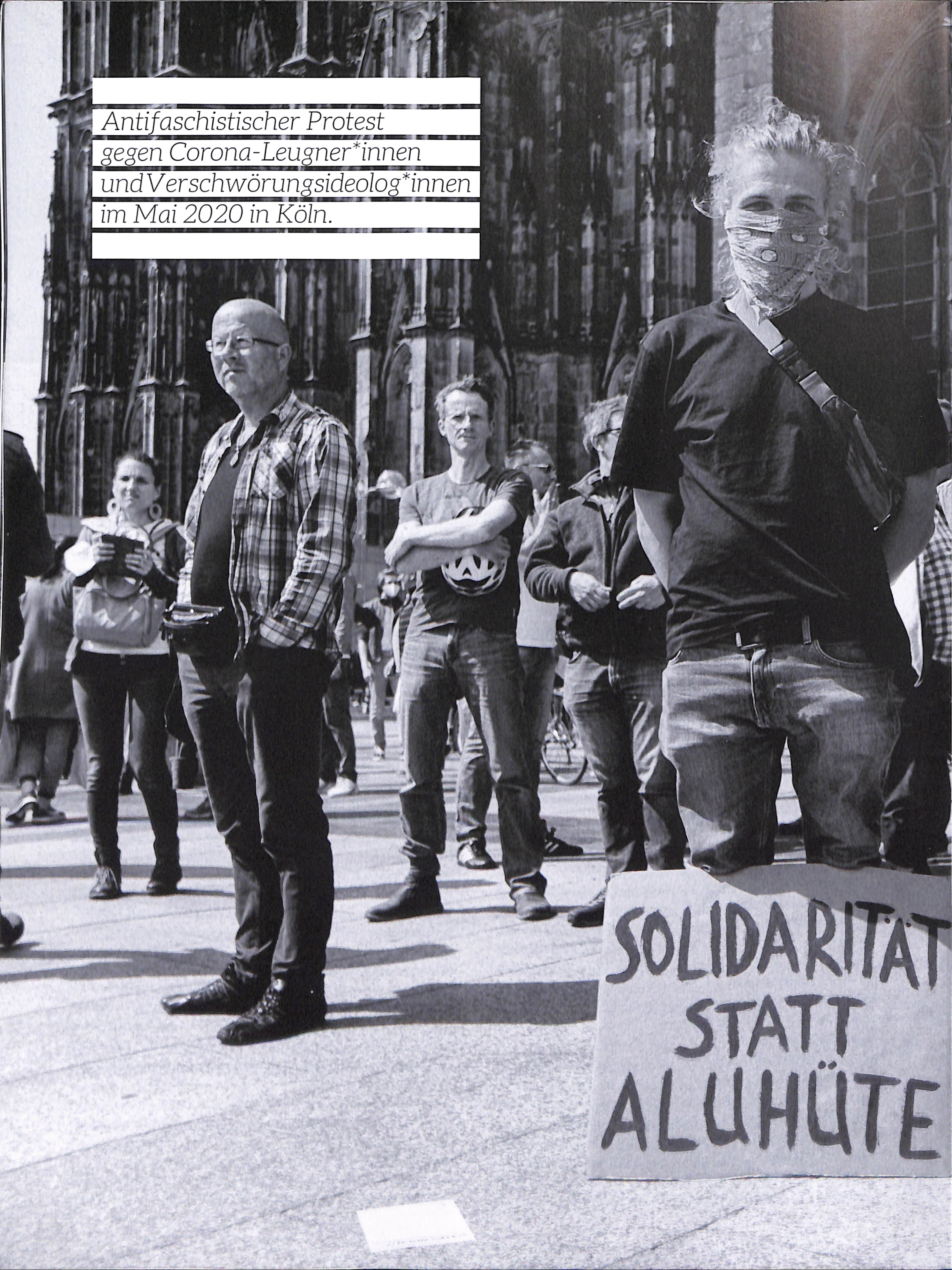
Meuthen weiß um diese semantischen Fallstricke. Er kann darauf vertrauen, dass das Bürgertum seine revolutionäre Rolle längst verloren hat und zum Feind jeglicher Revolution geworden ist. Also versucht er, die anderen bürgerlichen Parteien hinter dem Banner des Kampfes gegen die »links-rot-grün versiffte Republik« zu einen und unterstreicht: »Es geht um diesen kompletten Werteverlust aus der Post-68er-Entwicklung.«

Der AfD-Vorsitzende knüpft damit direkt an die Werturteile des jungkonservativen Teils der »Neuen Rechten« an, die von »1968« als dem »Kulturbruch« sprechen, jener Erben der »Konservativen Revolution«, die revolutionär ausschließlich in dem Sinne sind, dass es ihnen um die Sinnentleerung von Demokratie geht. Er knüpft an jene Bürger an, die der Nationalrevolutionär Henning Eichberg als »Jungkonservative im Herrenhabitus« ironisiert: »Die Herren stehen voreinander stramm, und ihre Verbeugungen voreinander sind straff angedeutet. Man gibt sich einen geradlinig-rechtwinkligen Bewegungsmodus, der hinter der zivilen Montur, hinter bürgerlichem Anzug mit Schlips und Kragen die preußische Disziplinierung sichtbar werden lässt.« Es handelt sich um jene Bürger, denen in der Vergangenheit an den Nazis am meisten deren »Anti-Bürgerlichkeit« störte, die sie als angeblich kleineres Übel als Bündnispartner akzeptierten.

Meuthen kann sich darauf verlassen, dass die von ihm avisierten Feinde des »Werteverlustes« das Feindbild »1968« bedingungslos teilen. Die Revolution war damals ausgeblieben, doch die Revolte hatte zumindest im Bereich der Werte und der Kultur Erfolg. Die Veränderungen werden bei der AfD und ihrem sympathisierenden Umfeld als »Kulturmarxismus« zusammengefasst. Damit bleibt die Partei natürlich ein Teil der bürgerlichen Ideologie. Bürgerlich-demokratisch im politischen Sinne macht es sie allerdings noch lange nicht.

Verfängt diese Umarmungsstrategie? Das ist die entscheidende Frage. Bekennt sich das Bürgertum mit seinen Parteien zu seinen Wurzeln, den Parolen der Aufklärung und des Liberalismus – »Freiheit, Gleichheit, Solidarität« –, dann ist ein Bollwerk vorhanden. Dann bewährt sich der Citoyen. Siegen Krisenangst, Chaosfurcht und Besitzstandswahrung, dann steigen die Chancen der AfD, die benötigten Verbündeten zu finden, dann droht der Durchmarsch des Bourgeois. Sehen die Bürger*innen die AfD als bürgerliches Fleisch vom bürgerlichen Fleisch, wird diese Partei bestenfalls zum lästigen Konkurrenten innerhalb des bürgerlichen Lagers. Begreifen diese Bürger aber die AfD als Feind des Citoyen, so folgt deren Ausgrenzung.

Die Frage ist nicht, ob die AfD bürgerlich ist. Die Frage ist, welche Form von Bürgerlichkeit sich beim Umgang mit der AfD durchsetzt.



*Antifaschistischer Protest gegen Corona-Leugner*innen und Verschwörungsideolog*innen im Mai 2020 in Köln.*


MITLÄUFER
SIND AUCH
NAZIS

»Chris Ares« (alias Christoph Zloch) mit Brötchen und Kai Naggert (alias Prototyp), rechts neben ihm, bei der Verschwörungs-Demonstration in Berlin am 29. August 2020

#NaziRap

Zwischen Business und Radikalisierung

Der Nazi-Rapper »Chris Ares« aus dem Umfeld von »Alternative für Deutschland« und »Identitären« inszeniert sich als ehrenhafter, friedlicher Patriot. Ein Blick in die Tracks seines neuen Albums zeigen: Er schürt Ängste und konstruiert ein Bedrohungsszenario, das Gewalt gegen »die Fremden« legitimiert. Die Tracks reichen bis zur Verherrlichung rechten Terrors.

von Timo Büchner

Einen Tag nach der Festnahme des Neonazis Stephan Ernst im Fall des ermordeten Kassler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke (CDU) erklärte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, Ernst habe sich jahrelang in der Neonazi-Szene bewegt. Aber in den letzten Jahren sei er unauffällig gewesen. Daher müsse man die Existenz von »Schläfern« in Betracht ziehen. Daraufhin entbrannte eine mediale »Schläfer«-Debatte. Beispielsweise titelte der Spiegel-Kolumnist Sascha Lobo »Die braunen Schläfer erwachen«. Drei Wochen nach Haldenwangs Bemerkung veröffentlichte der Nazi-Rapper »Chris Ares« (alias Christoph Zloch) ein Video mit einem Ausschnitt eines bis dato neuen Tracks, der mit dem Laden einer Pistole beginnt. Im Anschluss rappt Zloch über Menschen wie Lübcke, die einen humanen Umgang mit Geflüchteten einfordern: »Du redest davon, dass wir tolerant sein sollen und weltoffen | Die Türen unseres Landes stehen jetzt für die ganze Welt offen.« Unmissverständlich bezieht er sich auf die »Schläfer«-Debatte: »Sie reden von Schläfern, aber haben keinen Plan | Wie viele unserer Männer darauf warten, endlich loszuschlagen | Keine Lust mehr zu ertragen | Wie sie unsere Frauen jagen.« Diese Zeilen des Nazi-Rapper sind eine Momentaufnahme seines Radikalisierungsprozesses.

Offene Unterstützung für AfD und »Identitäre«

Nachdem »Komplott« (alias Patrick Bass), der erste Rapper aus den Reihen der »Identitären Bewegung«, 2016 den Track »Europa« mit infrastruktureller Unterstützung des Vereins »Ein Prozent« veröffentlicht hatte, produzierte er im folgenden Jahr gemeinsam mit »Chris Ares« die »Bastion EP«. Neu-rechte Publikationen berichteten euphorisch über die EP. So schrieb das Mitte 2016 gegründete »Arcadi Magazin«, sie sei eine inspirierende »Komposition aus Heimatliebe, Patriotismus und Rebellentum«, die allen Patriot*innen aus dem Herzen spreche. Auch diese Produktion entstand mit finanzieller Hilfe von »Ein Prozent«. In dieser Zeit bewegte sich Zloch offen im Kreis der »Identitären Bewegung«: Während er das Sprachrohr des »Bunds Deutscher Patrioten« (BDP) war und die Botschaften der »Identitären« verbreitete, streuten diese seine Videos. Sie behaupteten, »Chris Ares« habe den »schmuddeligen migrantisch geprägten Ghettorap« in ein Milieu verwandelt, »welches es sich zur Aufgabe gemacht hat, die wichtigen Fragen um unsere ethnokulturelle Identität in den Fokus zu rücken«. Zudem unterstützte Zloch die »Alternative für Deutschland« (AfD): Am 12. März 2016 trat er im oberbayrischen Geretsried ans Mikro einer Kundgebung der Partei. Er hielt einen Redebeitrag und rappte zwei, drei Tracks zwischen den Beiträgen der einzelnen Redner*innen. Auf der Brust trug er das Logo des BDP, am Rande schwenkten seine Kameraden die Fahnen der »Identitären«. Zwei Monate später gab er einen Gastauftritt bei einer Kundgebung der AfD auf dem Erfurter Domplatz. Im September 2016 geriet Zloch in die Schlagzeilen: Am Rande einer AfD-Wahlparty in München attackierte er eine Gruppe antifaschistischer Demonstrant*innen und Journalist*innen. Fotos, die via Twitter verbreitet wurden, belegen seine Attacke. Der Rapper behauptet dennoch, er habe aus Notwehr gehandelt, um »die Demokratie zu verteidigen«.

Vermarktet von der »Arcadi Media UG«

Noch im Oktober 2018 trat »Chris Ares« gemeinsam mit »Komplott« auf der Cockerwiese in der Dresdner Innenstadt im Rahmen einer Veranstaltung der »Identitären« auf. Inzwischen hat sich Patrick Bass, der Ende 2018 sein erstes Album »weiszes kaninchen« über »Ein Prozent« veröffentlicht hatte, wohl aus der Szene zurückgezogen. Er habe sich, erklärte Zloch, »für einen anderen Weg entschieden«. Und Zloch? Er hat offenkundig seine Strategie gewechselt, denn seit 2019 vermeidet der Nazi-Rapper klare Bekenntnisse zu einzelnen Gruppierungen. Dennoch liegen seine Netzwerke weitestgehend offen: Zloch steht unter Vertrag der »Arcadi Media AG« mit Sitz in Dresden. Laut Handelsregister ist eine bislang in diesem Kontext nicht in Erscheinung getretene Frau aus Nordrhein-Westfalen die Geschäftsführerin – offenbar eine Strohfrau. Yannick Noé, Chefredakteur des »Arcadi-Magazins« und Vorsitzender des Leverkusener AfD-Kreisverbandes, soll eine treibende Kraft des Labels sein. Anfang 2019 hob »Arcadi« Zloch auf das Cover des Magazins und widmete ihm einen längeren Text »Chris Ares privat: Neues Album und Hausprojekt«. Auch das verschwörungsideologische Magazin »Compact« um Chefredakteur Jürgen Elsässer pusht den Nazi-Rapper: Bei der 8. »Konferenz für Souveränität« im November 2019 erhielt Zloch den Preis »Held des Widerstandes«, die Laudatio hielt der österreichische »Identitäre« Martin Sellner. Auf der dazugehörigen »Compact«-Ausgabe war das Gesicht des Nazi-Rappers zu sehen. Insgesamt erfährt Zloch eine starke Unterstützung in der Szene. Umso mehr wird ihn die Löschung seiner Musik auf nahezu allen Plattformen und der Versandstopp seiner Alben durch Amazon getroffen haben.



Gesponsert von der »Peripetie GmbH«

Gemeinsam mit dem für die »Identitären« aktiven »Prototyp« (alias Kai Naggert) aus Wesel (Nordrhein-Westfalen) hat »Chris Ares« 2019 den »Neuen Deutschen Standard« ins Leben gerufen. Mittlerweile ist »Primus« (alias André Laaf) aus dem Raum Düren (Nordrhein-Westfalen) hinzugekommen. Die drei Nazi-Rapper planen nach eigenen Angaben die Gründung ihres eigenen Labels »Neuer Deutscher Standard«. Darüber hinaus versucht Zloch neues Publikum zu erschließen, indem er mit Rappern wie »Absztrakkt« und »Ukvali« zusammenarbeitet. Die beiden Rapper, die mit ihm das verschwörungsideologische Denken teilen, bewegen sich außerhalb des explizit rechten Spektrums. Außerdem kündigte Zloch im April 2020 eine Zusammenarbeit mit Soul-Sänger und »QAnon«-Verschwörungsideologen Xavier Naidoo an. Die Ankündigung rückte in den Hintergrund, nachdem Zloch seine Pläne für einen »patriotischen« Jugendclub und Wohnprojekt (»Chris-Ares-Dorf«) im Raum Bischofswerda (Sachsen) bekanntgab. Sein Tattoostudio befindet sich mittlerweile in Cunewalde bei Bautzen. Die Planungen liegen, nachdem sie vor Ort auf starken Gegenwind gestoßen sind, vorerst auf Eis. Aber sein Sponsoring steht: Zloch wird durch die neue Kleidungsmarke »Peripetie« unterstützt. Neben »Chris Ares« hat bereits der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke für die Kleidungsmarke geworben. Die »Peripetie GmbH« wurde im Juli 2019 durch die beiden Geschäftsführer Florian Gräßle (Hochdorf) und Harald Kendzia (Göppingen) gegründet. Gräßle ist Mitglied der »Jungen Alternative Baden-Württemberg« und wurde Mitte 2016 zum Schatzmeister des AfD-Kreisverbandes Esslingen gewählt.

Gegen den »Großen Austausch« – notfalls mit Gewalt

Das einfach gestrickte Weltbild und zugleich das Geschäftsmodell des Nazi-Rappers legen die zwei programmatischen Tracks »Neuer Deutscher Standard« und »Neuer Deutscher Standard II« sowie der mit dem Verschwörungsideologen Thorsten Schulte veröffentlichte Track »Fremdbestimmt« offen: Auf der einen Seite die ehrlosen Gangsta-Rapper, die über Drogenkonsum, Gewalt und Prostitution rappen und die Sinne der Jugend »vergiften«, auf der anderen Seite der ehrenhafte Rapper »Chris Ares«, der die »deutschen« Werte vermitteln möchte. Zloch inszeniert sich als friedlicher, patriotischer Deutscher, der um die Zukunft seines Vaterlandes besorgt ist. Schließlich sei seine deutsche Heimat durch das »Fremde« bedroht. Das verdeutlicht nicht zuletzt sein neues Album: Im Track »Machtwechsel« beklagt er den »Großen Austausch«, im dazugehörigen Video werden das Lambda-Symbol und zwei Reden der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel gezeigt. Im Track »BRDigung« behauptet er, »Heuschrecken« überfielen Europa und erzeugten eine »neue Mischrasse«. In antisemitischer Manier deutet er an, US-amerikanische Juden wie George Soros seien für den geplanten Genozid an den Völkern verantwortlich. Dass die Konstruktion des Bedrohungsszenarios in die Verherrlichung rechten Terrors münden kann, belegen die »Schläfer«-Zeilen aus dem Track »2060«: »Sie reden von Schläfern, aber haben keinen Plan | Wie viele unserer Männer darauf warten, endlich loszuschlagen.« Inzwischen steht fest: Stephan Ernst, der den Mord an Dr. Walter Lübcke vor Gericht gestand, war kein »Schläfer«. Im Gegenteil: Er bewegte sich bis zuletzt in denselben ideologischen Zusammenhängen wie Zloch. Nur: Ernst wartete nicht mehr darauf, »endlich loszuschlagen«. Er griff zur Waffe und schoss.



#Österreich

»Bis zur Unberührbarkeit kontaminiert«

Die »Identitären« in Österreich zwischen Zerfall und Radikalisierung

von Bianca Kämpf und Alexander Winkler

Als sich die »Identitäre Bewegung Österreich« (IBÖ) 2012 gründete und durch die Besetzung der Wiener Votivkirche im Februar 2013 erstmals größere mediale Aufmerksamkeit auf sich zog, wurde im Verlauf der folgenden Monate klar, dass es sich bei dieser Gruppierung um einen Modernisierungsversuch völkisch-nationalistischen Denkens, ganz im Sinne der sogenannten »Neuen Rechten«, handelte.

Alter Inhalt, neue Form

In dem Versuch, die »alte« extreme Rechte zu modernisieren und dadurch eine größere Breitenwirksamkeit zu erlangen, spielen seitdem neue Begrifflichkeiten wie »Großer Austausch« statt »Umvolkung« oder »Volkstod«, »Remigration« statt »Ausländer raus« und ein neues Auftreten eine tragende Rolle für die Inszenierung der IBÖ – während die menschenfeindliche Ideologie im Kern dieselbe bleibt. Denn die von den »Identitären« vorangetragene Forderung nach »ethnisch relativ homogenen« Gemeinschaften im Sinne des völkisch-rassistischen Konzepts des »Ethnopluralismus« läuft nicht nur auf eine globale Apartheid hinaus, vielmehr ist diese Forderung in einer von Migration geprägten Gesellschaft nur durch massive Gewaltanwendung umsetzbar. Wer völkische »Identität« als (über-)lebensnotwendige Kategorie propagiert, trägt die Bereitschaft zum Totschlag des »Fremden« und Nicht-Identischen bereits mit sich. Ganz nach Carl Schmitt, auf den sich die »Identitären« gerne beziehen, wonach diese Homogenität nur durch die »Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen« zu erreichen wäre.

Im März 2019 wurden in Christchurch (Neuseeland) 51 Menschen von jenem Attentäter erschossen, der sich nicht nur in seinem Manifest auf »identitäre« Begriffe wie den »Großen Austausch« bezog, sondern Martin Sellner auch 1.500 Euro für seine politischen Zwecke spendete. Die Konsequenzen dieser Verbindungen waren zum einen polizeiliche Ermittlungen, unter anderem eine Hausdurchsuchung bei Sellner und die Schließung »identitärer« Zentren in Graz und Linz, wo die genutzten Räumlichkeiten eine direkte Verbindung zu Politiker*innen der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) aufwiesen. Zum anderen reagierte die damalige Regierungskoalition zwischen »Österreichische Volkspartei« (ÖVP) und FPÖ mit einer Verbotsdrohung gegen die »identitäre« Vereinsstruktur. Das Verbot scheiterte bei der Abstimmung im österreichischen Nationalrat schließlich nicht an den Mehrheitsverhältnissen, 70 Abgeordnete hatten dafür, 67 dagegen gestimmt, sondern daran, dass die dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller (FPÖ) den Antrag fälschlicherweise als abgelehnt auswertete. Die zu der Zeit regierende FPÖ sah sich zudem mit einem Distanzierungsdruck und damit verbundenen Widersprüchen konfrontiert, die nicht zuletzt aus personeller Nähe und Überschneidungen resultierten.

Martin Sellner in Chemnitz 2018 bei einer Demonstration von Neonazis, rechten Hooligans und der AfD

»Die Österreicher«

Götz Kubitschek, vom »Institut für Staatspolitk« und ein Förderer der IB, stellte im Laufe dieser Entwicklungen fest, dass die »Identitären« »bis zur Unberührbarkeit kontaminiert« seien und bestätigte somit das Scheitern ihres Projektes offiziell auch von rechter Seite. Die österreichische Antwort auf jenes Scheitern war die Gründung der rechten Gruppe »Die Österreicher« (DO5), die sowohl inhaltlich als auch personell die »Identitären« unter neuem Namen und vermeintlich neuem Image darstellt. Die Differenz von DO5 zur alten IBÖ scheint im Aktionismus zu liegen, der sich aktuell auf das Verteilen von Flyern und dem Abhalten von Info- und Stammtischen beschränkt. Ihr Ziel sei laut eigenen Angaben die Organisation der »größten patriotischen Demonstration gegen den Bevölkerungsaustausch, die unser Land je gesehen hat«. Die Mobilisierung dafür läuft bisher mehr als schleppend.

Mit der Gründung von DO5 wurde zudem die aktionistische Plattform »Patrioten in Bewegung« – auch unter »Widerstand in Bewegung« firmierend – ins Leben gerufen, die neben ehemaligen »Identitären« auch Burschenschafter und dezidierte Neonazis versammelt. Ihr Auftreten erinnert an jenes der »Autonomen Nationalisten«, aus deren Kreisen auch der IBÖ-Mitgründer Sellner politisch entstammt. Personen und Strukturen werden versucht zu anonymisieren, die Plattform konstituiert sich im Gegensatz zur IBÖ nicht als eingetragener Verein.

Anonymer Aktivismus

Auffallend an dieser Neustrukturierung ist der verstärkte Fokus auf anonyme Aktionen, was möglicherweise eine Konsequenz aufgrund des erhöhten staatlichen Verfolgungsdrucks ist. Zusätzlich gibt es eine offene Kooperation mit Neonazis, die bereits im Zuge ihrer laut eigenen Angaben ersten offiziellen Aktion »Defend Hörsaal 50« deutlich wurde. Jener Hörsaal der Universität Wien, in welchem der revisionistische Professor Lothar Höbelt Geschichte unterrichtet, sollte nach linken Protesten gegen denselbigen »von den Bolschewisten zurückgeholt werden«. Dafür »wachten« sie Ende letzten Jahres vor dem Hörsaal. Und auch im Rahmen von Demonstrationen in Wien gegen Corona-Maßnahmen zeigten sich personelle Überschneidungen zwischen der Plattform und der Neonazi-Szene. Sprachlich wiederum fand innerhalb von DO5 insofern eine Radikalisierung statt, als dass zunehmend auf rhetorische Verwischungen und Umformulierungen des »neu-rechten« Duktus verzichtet wird. Auf einem Flyer in der niederösterreichischen Stadt Tulln sparte man beispielsweise nicht mit offenkundig antiziganistischen Ressentiments, um darauf hinzuweisen, dass der Ort vom »fahrenden Volk überrannt« werde.

Existenzverlust durch »Deplatforming«?

In jüngster Vergangenheit sorgte das »Deplatforming« der »Identitären«, also die dauerhafte Kontosperrung auf diversen Social-Media-Kanälen, erneut für mediale Diskussionen. Nach der Verbannung von Facebook und Instagram folgte die Sperrung sowohl offizieller IBÖ-Accounts als auch der ihrer zentralen Protagonisten auf YouTube, Twitter und TikTok mit der Begründung des Verstoßes gegen die Richtlinien, unter anderem aufgrund von »Hatespeech«. Sellner verlor im Zuge dessen seinen YouTube-Channel mit mehr als 150.000 Abonnent*innen. Der »digitale Vernichtungsschlag gegen die Identitäre Bewegung in Europa«, den Sellner selbst eingestehen musste, kann zwar als Gewinn gewertet werden, da die digitale Reichweite gerade für die Strategie der IBÖ und ihre Akteur*innen essenziell ist, und ihr Verlust durchaus die Frage nach ihrer zukünftigen Existenz und Relevanz offenlässt. Gleichzeitig ließ sich in der Folge eine Verlagerung auf neue Plattformen beobachten, wie beispielsweise auf Telegram, wo Sellner fast 57.000 Abonnent*innen hat, oder BitChute als Alternative zu YouTube. Zudem bleibt aufgrund des relativ selektiven beziehungsweise willkürlichen Vorgehens der Betreiber*innen fraglich, inwiefern hier tatsächlich extrem rechten Erzählungen Einhalt geboten wird. Denn Parteien wie die FPÖ können online nach wie vor menschenfeindliche Ressentiments schüren und Falschmeldungen verbreiten, ohne an Legitimität zu verlieren.

Fürsprecherin FPÖ

Festzuhalten ist jedenfalls, dass spätestens seit der Verbotsandrohung und zumindest öffentlich vorgegebenen Distanzierung durch die FPÖ infolge des Massakers von Christchurch den »Identitären« ihre öffentlich legitimierte Basis teilweise genommen wurde, die ihren Ausdruck in den Neugründungen der DO5 und der »Patrioten in Bewegung« fand. Die Sperre diverser Social-Media-Plattformen ist insofern von Relevanz, als dass ihnen dadurch ihr wirksamstes Mittel zur Selbstinszenierung verloren ging. Denn die »identitäre« Strategie lebte davon, mit wenigen Aktivist*innen großspurige Aktionen zu realisieren, die anschließend über eigene Kanäle weiterverbreitet werden konnten.

Von den vermeintlichen Distanzierungsbemühungen der FPÖ ist allerdings nicht mehr viel übrig – das mag auch an den personellen und inhaltlichen Überschneidungen sowie der neuerlichen Oppositionsrolle der Partei und ihrer Spaltprodukte wie dem »Team HC Strache« liegen. So verteidigte der neue FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz die »Identitären« damit, dass er durch Distanzierungsaufforderungen keinen Keil zwischen FPÖ und »Bevölkerung« treiben lasse. Und auch die derzeit nicht amtsführende FPÖ-Stadträtin Ursula Stenzel meinte in einem Interview im Vorfeld der Wien-Wahl im Herbst 2020, sie bereue die Teilnahme an einer »Identitären«-Kundgebung im September 2019 nicht – und würde wieder daran teilnehmen.

Der ehemalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, der vor allem aufgrund des Ibiza-Skandals mit einer eigenen Liste bei der Wien-Wahl am 11. Oktober 2020 kandidieren wird, war einer der ersten Politiker*innen, der nach der Twitter-Sperre von Sellner für die IBÖ in die Bresche sprang und den Kampf gegen Hass im Netz als »Mundtotmachung Andersdenkender« bezeichnete. Immerhin war es Strache selbst, der noch als FPÖ-Vizekanzler vom »Bevölkerungsaustausch« fabulierte und damit jene Verschwörungserzählung in einer der höchsten politischen Funktionen bestätigte, die für viele rechtsterroristische Gewalttaten die ideologische Legitimationsgrundlage bietet. Hier zeigt sich, dass die von den »Identitären« verbreitete extrem rechte Ideologie weiterhin einen politischen und gesellschaftlichen Resonanzraum findet – daran ändern selektive Sperren von Social-Media-Konten relativ wenig.

#Frankreich

Bewegung für die Medien

von Bernard Schmid

»Widerstand« von Rechts mit viel rebellischer Attitüde – aber bitte de luxe! So stellte sich die Situation eines Dutzends junger Aktivist*innen der »Identitären Bewegung« in Frankreich dar, die am 13. Juni dieses Jahres durch die Pariser Polizei kurzzeitig in Gewahrsam genommen wurde. Hätte es sich um Linke oder um politisch aktive »Ausländer« gehandelt, wäre folgender Ablauf wahrscheinlich: vorübergehende Festnahme, Anlegen von Plastikfesseln oder Handschellen, Abtransport mit dem Polizeibus, Stunden in Gewahrsam auf der Wache. Danach die Einleitung eines Strafverfahrens.

Doch in diesem Fall lief es in bemerkenswerter Weise anders. Um die zehn »Held*innen« versandten munter aus dem Polizeibus heraus ein Gruppenfoto, auf dem sie ohne Handschellen und in bester Laune zu sehen sind. Auch ihre Benutzer*innenprofile, fein säuberlich jedem Gesicht zugeordnet, verrieten sie dabei. Corentin Rochefort und Jérémie Cavanna benutzen ohnehin ihre Vollnamen als User*innenidentitäten. Zusätzlich wurden etwa Jérémie Piano aus dem Raum Marseille, Johan Teissier oder die Toulouser Aktivistin Thaïs d'Escufon identifiziert. In Haft oder Polizeigewahrsam kamen sie nicht, lediglich ihre Personalien mussten sie angeben.

Schauplatz des Geschehens war die place de la République in der französischen Hauptstadt. Am Nachmittag jenes Sonnabends hatten die französischen »Identitären« einen ihrer wohl bedeutendsten PR-Erfolge erzielt. Zehntausende Menschen versammelten sich zunächst auf dem Platz im nördlichen Pariser Zentrum, um – im Zuge der Protestbewegung nach dem brutalen Tod von Georg Floyd in den USA, aber auch im Zusammenhang mit Protesten gegen Polizeigewalt und Rassismus in Frankreich selbst (s. drr Nr. 185) – eine Protestdemonstration abzuhalten. Diese wurde dann im weiteren Verlauf des Nachmittags durch massive Polizeikräfte verhindert und letztendlich abgebrochen.

Doch bevor es dazu kam, hatten die Aktivist*innen von »Génération identitaire« (GI) – die in ungleich geringerer Zahl vor Ort waren – es geschafft, die Nachrichten vom Protest der mindestens zwanzigtausend Versammelten bei den Nachrichtenagenturen mit ihrer eigenen Aktion kurzfristig zu überschatten. Sie hatten aus dem Dachfenster im siebten Stockwerk eines an die place de la République angrenzenden Gebäudes ein größeres Transparent gehisst. Auf diesem stand »Justice pour les victimes du racisme anti-blanc« (»Gerechtigkeit für die Opfer des anti-weißen Rassismus«), eine bewusste Provokation der sich unten auf dem Platz und den ihn umgebenden Straßen formierenden Proteste.

Anschließend wurden nacheinander Rauchfackeln in den Farben der Nationalfahne blau, weiß und rot entzündet. Auf dem Platz stellte sich die Aktion der »Identitären« für die Anwesenden nicht ganz so triumphal dar, wie diese selbst es gern wahrgenommen hätten: Nach wenigen Minuten eilte ein junger Mann aufs Dach, den wohl Anwohner*innen über ihren Balkon hoch gelassen hatten und über den später bekannt wurde, dass er für seine Praxis bei Extremsportarten bekannt ist und den Spitznamen »Akrobat« trägt. Er schnitt das Transparent kurzerhand in der Mitte auseinander und knüllte den unteren Teil zusammen. Die »Identitären« flohen wenig später auf die andere Seite des Dachs.

Doch für das Medienpublikum außerhalb des Platzes kam nicht unbedingt dieses eher unrühmliche Ende der Aktion an, sondern die Botschaft, dass sie stattgefunden hatte, zusammen mit ein oder zwei spektakulären Bildern.

Medienaffine Reaktionäre

Inhaltlich war diese Art von »Widerstand« selbstredend nicht gegen die Mächtigen, nicht gegen die Staatsmacht und auch nicht gegen das Kapital gerichtet. Das dürfte auch der Grund sein, warum den Betroffenen eine ausgesprochen freundliche Begleitung durch die Polizei widerfuhr. Das Aufgreifen der Beteiligten am Fuße des Gebäudes diente mehr ihrem Geleit als dazu, sie festzunehmen oder gar einer Strafe zuzuführen. Es habe »keine Straftat bestanden«, sollte die Pariser Polizeiführung dazu dann später erklären, was wiederum nicht stimmt, denn mindestens ein Hausfriedensbruch dürfte vorgelegen haben.

So verlief eine geradezu prototypische Aktion von »Génération identitaire«, die, wie die meisten ihrer Art, auf eine psychologische und symbolische Wirkung in den Medien abzielte. In jüngerer Zeit häuften sich solche Aktivitäten wieder, die an die sechsstündige Besetzung eines Moscheedachs im westfranzösischen Poitiers durch mehrere dutzend Mitglieder am 20. Oktober 2012 anknüpfen. Zum Beispiel im Oktober 2019, als ihre Anhänger*innen in vergleichbarer Weise mit einem Transparent am Rande einer Kundgebung zahlreicher algerischer Staatsbürgerinnen und -bürger – die sich mit den Massenprotesten in ihrem Herkunftsland solidarisierten – provozierten. Bereits zuvor hatten »Identitäre« am 29. März 2019 ein Transparent mit der Aufschrift »Geld für Franzosen, nicht für Ausländer« auf dem Dach einer Sozial- und Wohngeldstelle in der Pariser Vorstadt Bobigny (der Hauptstadt des Départements Seine-Saint-Denis – des ärmsten der 100 französischen Verwaltungsbezirke), gehisst. Die örtlichen Ge-

»Ferner setzt der »Bloc identitaire« auf eine Art Dreiklang der zu verteidigenden »Identitäten« – regionale, nationale und europäische –, die wie eine Art russischer Puppen ineinandergreifen sollen.«

werkschaften und die Stadtverwaltung verurteilten die Aktion scharf. Regelmäßig fordern »Identitäre« bei solchen Aktionen, wie auch im Mai 2018 auf einem Alpenpass nahe der französisch-italienischen Grenze oder im Oktober desselben Jahres bei einer Besetzung der Seenot-Hilfsorganisation SOS Méditerranée in Marseille, eine »rémigration«, das heißt: Eine »Ausländerrückführung«.
Im Zusammenhang mit der Aktion in Bobigny hatte auch die französische Regierung zeitweilig erwogen, nun auch »Génération identitaire« mit einem Verbot zu belegen, nachdem kurz zuvor eine andere extrem rechte Vereinigung verboten wurde. Dabei handelte es sich um den »Bastion social«, einen Ableger der aus dem klassisch faschistisch orientierten Spektrum kommenden 1969 gegründeten Gruppierung »Groupe Union Défense« (GUD), der jedoch das traditionelle Tätigkeitsspektrum dieser Gruppe um soziale Demagogie und Hausbesetzungen erweitert hatte.

Fast verboten

Zum Verbot von »Génération identitaire«, die ungleich innovativer, medienorientierter und gewollt »moderner« auftritt als die Stiefelfaschisten aus dem Umfeld des GUD, kam es dann jedoch nicht. »Génération identitaire« war ursprünglich die Jugend- und Jungerwachsenvereinigung des »Bloc identitaire«, der die Hauptorganisation der »Identitären Bewegung« in Frankreich darstellen sollte; in den letzten Jahren nimmt man jedoch faktisch nahezu nur »Génération identitaire« wahr, die in ihrem Spektrum stark im Vordergrund steht. Beide Gruppierungen waren 2002/03 in wenigen Monaten Abstand hintereinander entstanden, zuerst »Génération identitaire« mit einer formalen Gründung im Oktober 2002 und dann der »Bloc« ein halbes Jahr später. Es ging damals darum, schnell einen organisatorischen Ersatz für die Anfang August 2002 per Auflösungsbeschluss des Ministerrats verbotene Vereinigung »Unité Radicale« (UR) zu sorgen. UR hatte sich 1998 als Zusammenschluss mehrerer kleinerer Gruppen und Miniparteien gebildet, um den »nationalen und außerparlamentarischen Flügel der nationalen Rechten« zu sammeln, also die Kräfte jenseits des institutionalisiert auftretenden »Front National« (FN, seit 2018 inzwischen in »Rassemblement National« (RN)/»Nationale Sammlung« umbenannt), mit dem es freilich nach wie vor personelle Überschneidungen gab. Doch nachdem am 14. Juli 2002 das UR-Mitglied Maxime Brunerie in einer eigenmächtigen Aktion aus einem Karabinergewehr auf Staatspräsident Jacques Chirac schoss, ereilte die »Unité Radicale« das Verbot.

Ihre Nachfolgeorganisationen vollzogen jedoch einige ideologische Brüche gegenüber UR, insbesondere relativierten der »Bloc identitaire« und seine Jugendorganisation die Bedeutung des bei UR sehr präsenten Antisemitismus ganz erheblich, ja schworen ihm sogar nach wenigen Jahren, zumindest offiziell, vollständig ab.
Ferner setzt der »Bloc identitaire« auf eine Art Dreiklang der zu verteidigenden »Identitäten« – regionale, nationale und europäische –, die wie eine Art russischer Puppen ineinandergreifen sollen. Dies ist aus seiner Sicht erforderlich, weil nur so eine »eingewurzelte echte Identität« definiert werden könne; denn Einwanderer*innen können nur durch Einbürgerung Französ*innen werden, aber eben unmöglich als »Baske, Bretone oder Elsässer« betrachtet werden. Kritisiert wird auch »Rassemblement National« dafür, dass hier allein die Nation im Mittelpunkt stehe und noch dazu in der »jakobinischen« – also in einer bürgerlich-revolutionären – Tradition über einen starken, republikanisch verfassten Zentralstaat definiert werde – ein absolutes Unding aus Sicht der »Identitären«.
Ein Angebot des »Bloc identitaire« zur formalen Kooperation mit ihrer Partei schlug Marine Le Pen deswegen im November 2012 aus. Sie griff die kleine Organisation dabei als »Europäisten und Regionalisten« ideologisch scharf an. Nichtsdestotrotz bestehen Kooperationen zwischen ihrer Partei und den »Identitären«; aus ihren Reihen kandidierte etwa Philippe Vardon aus Nizza vielfach für den FN und späteren RN zu Wahlen auf lokaler Ebene ebenso wie zu Parlamentswahlen. Parteichefin Marine Le Pen zählt ihn heute zu den »RN-Funktionären mit der am stärksten ausgeprägten sozialen Ader«.
Außerhalb des RN als Hauptpartei der extremen Rechten in Frankreich können die »Identitären«, die über offiziell 3.000 Aktive – in Wirklichkeit ein paar Hundert real »Abrufbare« – verfügen, jenseits ihrer PR-Effekte und Medienkampagnen nicht allzu viel ausrichten. Die zur europäischen Vernetzung veranstalteten »Conventions identitaires« tagten insgesamt dreimal – 2006, 2008 und 2012 – jeweils im seit 1996 von einem extrem rechten Bürgermeister regierten Städtchen Orange in der Provence. Regelmäßiger finden die Camps statt, zuletzt das Sommerlager von GI vom 9. bis 15. August 2020 in der Auvergne. Es handelt sich dabei um eine Mischung aus theoretischer Bildung und Vorträgen sowie körperlicher Ertüchtigung wie Boxen, Klettern oder auch Blockadetraining.
Insgesamt kann festgestellt werden, dass die als »Bewegung« gestartete »Génération identitaire« zur Zeit auf die Funktion als Aufmerksamkeitsfängerin und Stichwortgeberin reduziert ist.

#Nordhessen

Konstanten

Im Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke gipfelte, was die nordhessische Neonazi-Szene schon seit Jahrzehnten kennzeichnet: Anti-Antifa-Ausspähung. Im Prozess gegen Stephan Ernst und Markus Hartmann aber spielt diese auch personell bemerkenswerte Kontinuitätslinie kaum eine Rolle.

von Joachim F. Tornau



Da ist zum Beispiel Christian Wenzel, ein Urgestein der rechten Szene in Nordhessen. Der heute 42-Jährige aus Helsa war als Kasseler Kameradschaftsführer 1999 am brutalen Überfall auf einen Kosovo-Albaner in Lohfelden bei Kassel beteiligt. Bis zum Verbot von »Blood & Honour« im Jahr 2000 unterstützte er die nordhessische Sektion des internationalen Neonazi-Netzwerks. Heute sympathisiert er auf seiner Facebook-Seite mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) und pflegt immer noch den Kontakt zu seinen Kameraden von früher. Seinem Stiefbruder Benjamin Gärtner hat er sogar das Spitzeln für den Verfassungsschutz verziehen. Stephan Ernst, dem mutmaßlichen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, soll er als einziger der alten Weggefährten einen Brief ins Gefängnis geschrieben haben. So jedenfalls hat es Ernst im Ermittlungsverfahren berichtet.

Solidarität mit Stephan Ernst

Oder da ist Mike Sawallich, der sich selbst nicht nur wegen seines streng seitengescheitelten Erscheinungbilds einmal treffend als »Hitlerjunge« bezeichnete. Der 39-Jährige war einer der engsten Begleiter von Ernst, als dieser zu Beginn des Jahrtausends nach Kassel kam und in der organisierten rechten Szene Fuß fasste. Gemeinsam waren sie in der NPD, in der es Sawallich bis zum stellvertretenden JN-Landesvorsitzenden brachte, und im »Freien Widerstand« aktiv, fuhren bundesweit zu Demonstrationen. Wie um Wenzel, mit dem er zeitweilig zusammenwohnte, war es auch um Sawallich zuletzt ruhiger geworden. Doch nach wie vor lebt er in Kassel, nach wie vor ist er ein bekennender Neonazi. Er beteiligte sich an der Online-Hetze gegen Walter Lübcke. Und nachdem Stephan Ernst festgenommen worden war, veröffentlichte er bei Facebook eine Solidaritätsadresse: »Ich stehe in Guten wie in Schlechten Zeiten zum Kamerad Ernst!!!«
In den drei Videovernehmungen, die im Ermittlungsverfahren mit ihm geführt und beim Prozess vor dem Frankfurter Oberlandesgericht in voller Länge abgespielt wurden, hat sich Ernst ausdrücklich darum bemüht, den Verdacht eines hinter der Tat stehenden rechten Netzwerks gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die Bundesanwaltschaft ist ihm darin bei der Anklage gefolgt. Demnach soll der mittlerweile 47-Jährige der alleinige Todesschütze gewesen sein, unterstützt lediglich von dem als Gehilfen mitangeklagten 44-jährigen Markus Hartmann, der mit ihm das Schießen geübt und ihn in seinem Hass auf den CDU-Politiker Lübcke bestärkt habe. Ernst selbst sagt vor Gericht mittlerweile, den Mord gemeinsam mit Hartmann geplant und begangen zu haben.
Doch unabhängig von der Frage, ob es nicht vielleicht doch noch weitere Tatbeteiligte oder zumindest Mitwisser*innen gegeben hat: Die jahre- und jahrzehntelange Einbindung von Ernst und Hartmann in die militante Neonazi-Szene der Region war auf jeden Fall von enormer Bedeutung – in eine Szene, das darf nicht vergessen werden, deren Mitverantwortung für den NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel 2006 noch immer unaufgeklärt ist.

Bindeglied Anti-Antifa

Auch wenn sich die organisatorischen Strukturen über die Jahre veränderten, wenn Gruppierungen verschwanden und neue auftauchten, wenn sich ältere Aktivist*innen wie Wenzel, Sawallich oder auch Ernst irgendwann aus der ersten Reihe zurückzogen und Jüngere nachrückten, blieb Wesentliches immer gleich. Das beginnt bei den bemerkenswerten personellen Kontinuitäten, für die neben den bereits genannten Personen etwa auch der 47-jährige Markus Eckel steht: Der mehrfach vorbestrafte Neonazi-Schläger und einstige Kader der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) ist seit den 1990er-Jahren durchgängig einer der Aktivposten der Kasseler Rechten. Es setzt sich fort in der schon traditionellen Verwobenheit der rechten Szene mit der Hooliganszene des Fußballregionalligisten KSV Hessen Kassel sowie in den engen Kontakten zwischen örtlichen Aktivist*innen und dem Neonazi-Führer Thorsten Heise im thü-



Aufmarsch im Jahr 2000 in Kassel. Vorn rechts Christian Worch, in der Mitte Georg Paletta mit Hut sowie Markus Eckel (mit Sonnenbrille ganz links)

ringischen Fretterode. Und nicht selten kommt beides zusammen, bei Markus Eckel genauso wie bei dem deutlich jüngeren Malte Ahlbrecht, einem 26-jährigen Ziehsohn Heises und KSV-Fan, der dem Anschein nach seinen Lebensmittelpunkt kürzlich nach Kassel verlegt hat.

Doch vor allem ist es die inhaltliche Kontinuitätslinie, die sich durch die Historie der nordhessischen Neonazi-Szene zieht und die im Mord an Walter Lübcke – und dem aufwendigen Ausspähen, das der Tat voranging – ihren negativen Höhepunkt fand: der Schwerpunkt auf Anti-Antifa-Arbeit. Bereits die Kasseler Ortsgruppe der FAP, in welcher der Mitangeklagte Markus Hartmann bis zum Verbot 1995 Mitglied war, sammelte gezielt Informationen über politische Gegner*innen. Wie der Hessische Rundfunk berichtete, hatte einer der damals engsten Freunde Hartmanns dafür eigens die Internet-Mailbox »Steiner BBS« im rechten »Thule-Netzwerk« eingerichtet. Gut ein Jahrzehnt später knüpfte die Kameradschaft »Freier Widerstand Kassel« daran an, indem sie auf verschiedenen Internetseiten persönliche Daten und Fotos von Antifaschist*innen zusammentrug – unter anderem im internen Online-Forum der Kameradschaft, in dem Hartmann als »Super Moderator« fungierte.

Gegenüber den vornehmlich jüngeren Kamerad*innen gefiel sich »Stadtreiniger«, so der Alias-Name des Neonazis, in der Rolle als Mentor, der vor unbedachten Aktionen gegen politische Gegner*innen warnte. Doch gegen Gewalt hatte er grundsätzlich nichts, sie sollte nur »ein gewisses Niveau haben«, wie er schon 2004 im Forum der rechten Website »freier-widerstand« geschrieben hatte. »Chirurgisch geführte Aktionen sind ok, aber dann bitte auch gegen die richtigen Leute (dann sind mir die Mittel und Umstände auch egal).«

Vom Datensammeln zur Tat

Bei Stephan Ernst fand die Polizei nach seiner Festnahme einen USB-Stick mit Informationen über etwa 60 Personen und Institutionen, von aktiven Antifaschist*innen über Journalist*innen der Lokalzeitung und örtliche Politiker*innen bis zu Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde Kassel, notiert zwischen 2001 und 2007. »Wir haben uns damals zusammengeschlossen und Daten gesammelt von Leuten, die die Antifa unterstützen«, sagte Ernst in einer seiner Vernehmungen. Wer genau dieses »Wir« war und wer außer ihm heute noch über die Listen verfügt, wollte er nicht verraten. Seine Recherchen über Walter Lübcke, das gab er jedoch zu, hätten daran angeknüpft. Und möglicherweise nicht nur seine Recherchen: Auf einen antifaschistisch engagierten Kasseler Lehrer, der auf der bei Ernst gefundenen Liste stand, wurde 2003 geschossen; das Projektil verfehlte ihn nur knapp. Der Anschlag ist bis heute nicht aufgeklärt. In diesem Jahr aufgenommene späte Ermittlungen gegen Ernst liefen wegen längst vernichteter Akten und Beweisstücke ins Nichts.

Wie kurz der Weg vom Anti-Antifa-Datensammeln zur Tat sein kann, bewiesen in Nordhessen insbesondere die »Freien Kräfte Schwalm-Eder« (FKSE). Allein 2009/10 wurde die Kameradschaft aus dem südlich von Kassel gelegenen Schwalm-Eder-Kreis für rund 60 Straftaten binnen zehn Monaten verantwortlich gemacht, darunter zahlreiche Angriffe auf politische Gegner*innen. Bei einem Überfall auf ein linkes Zeltlager im Juli 2008 wurden eine 13-Jährige und ihr zehn Jahre älterer Bruder im Schlaf krankenhausreif geprügelt. Nur wenige Wochen zuvor hatten sich die Neonazis zu elft vor einem Jugendclub vermummt auf die Lauer gelegt, um Jagd auf Linke zu machen. Sie bewarfen diese mit Steinen, traten zu, zerrten einen Antifaschisten an den Haaren über das Pflaster. Sein Handy nahmen sie mit, um das Adressbuch auszulesen.

Der Dritte im Bunde?

Es passt dazu, dass ein führender Aktivist der längst von der Bildfläche verschwundenen FKSE nun im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum Mord an Walter Lübcke wieder auftauchte: Alexander Schnell, 30 Jahre alt, heute in Alsfeld lebend. Bei dem NPD-Aktivisten wurden damals nicht nur Ausspähfotos von dem überfallenen Zeltlager sowie weitere Fotos von Linken aus der Region gefunden, sondern auch aus dem Internet heruntergeladene Bombenbauanleitungen. Beim Überfall am Jugendclub war er dabei.

Mit diesem militanten Neonazi waren Stephan Ernst und Markus Hartmann offenbar eng verbandelt. Bei der konspirativen Kommunikation, welche die beiden Angeklagten verschlüsselt über den Messengerdienst Threema betrieben, war Schnell ihr einziger gemeinsamer Chatpartner. Ernst behauptete vor Gericht zwar, sich mit dem einstigen FKSEler nie über Politik ausgetauscht zu haben. Doch zugleich erklärte er, das Trio habe mehrere AfD-Kundgebungen gemeinsam besucht; in Kassel hätten sie sich dabei einmal auch unter die Gegendemonstrant*innen gemischt. Und: Auch mit Schnell übte Hartmann das Schießen. Im November 2015, das ergaben die Ermittlungen, lud er ihn zum Schießtraining in den Schützenverein Sandershausen ein, in dem auch Ernst aktiv war. All das lässt hellhörig werden. Bislang aber wird Schnell von der Bundesanwaltschaft nur als Zeuge geführt; bis Redaktionsschluss wurde er im Frankfurter Prozess noch nicht gehört.

Zum möglicherweise letzten Mal telefonierten Markus Hartmann und Alexander Schnell am Nachmittag des 1. Juni 2019 miteinander. Vier Minuten und 32 Sekunden dauerte das Gespräch. Am späten Abend desselben Tages wurde Walter Lübcke auf der Terrasse seines Hauses in Wolfhagen-Istha erschossen.



#Northeim

Ein altes Problem

Im südniedersächsischen Einbeck verübten mutmaßlich zwei Neonazis im Juni 2020 einen Sprengstoffanschlag auf den Briefkasten einer Antifaschistin. Dieser Anschlag reiht sich ein in eine Vielzahl neonazistischer Aktivitäten im Landkreis Northeim mit Schwerpunkt Einbeck.

von Louis Teuchert und Simeon Dettmard

Nachdem der Neonazi Karl Polacek aus Mackenrode und sein politischer Ziehsohn Thorsten Heise 1989 den Northeimer Ortsverband der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) in Nörten-Hardenberg gegründet hatten, bemühten sie sich darum, eine Immobilie für die jungen FAPler*innen in Einbeck zu kaufen. So sollte neben Mackenrode ein weiteres FAP-Zentrum in der Region entstehen. Denn wie auch in anderen Kleinstädten im Landkreis Northeim gab es laut der Antifaschistischen Jugend Einbeck (AJE) im Jahr 1993 lokal »Kontaktpersonen, die als Drahtzieher des faschistischen Terrors angesehen werden können«. Einer der wichtigsten Drahtzieher war bis zum Verbot der FAP 1994 Harald Z. aus Markoldendorf. Intern als Schulungsleiter von Neonazis aus Einbeck, Dassel und Markoldendorf bekannt, verfügte er über gute Beziehungen zu Heise. Nach Angaben lokaler Antifaschist*innen trafen sich regelmäßig junge Nachwuchs-Neonazis bei ihm und wurden mit Propaganda versorgt. In den Jahren 1992 bis 1994 kam es in Einbeck immer wieder zu Übergriffen auf Veranstaltungen.

»Kameradschaft Dreiländereck«

Der damals in Northeim ansässige Heise nutzte seinen Wohnort, wie es auch Polacek bereits mit seinem Anwesen in Mackenrode tat, für Treffen von Personen und Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet. Er fungierte außerdem als niedersächsischer Landesvorsitzender der FAP, nachdem Polacek im Jahr 1992 aufgrund seiner österreichischen Staatsbürgerschaft ausgewiesen worden war. Die Entwicklung sogenannter »Freier Kameradschaften« geht unter anderem auf Heise zurück. Trotz mancher Rückschläge in Form von staatlichen Verboten einzelner Kameradschaften in der Vergangenheit wird das Konzept bis heute in der neonazistischen Rechten angewendet, so auch im Dreiländereck Hessen, Thüringen und Niedersachsen.

Die von Heise 1995 gegründete und geführte »Kameradschaft Northeim« galt als eine der mitgliederstärksten Kameradschaften in Niedersachsen. Bis heute wird das Transparent mit der Aufschrift »Kameradschaft Northeim« bundesweit auf Neonazi-Aufmärschen mitgeführt. Sie ist mittlerweile weniger ortsgebunden als er es vermuten lässt. Viel eher ist die mit ihr assoziierte Szene stark auf ihre seit 2002 im Thüringer Landkreis Eichsfeld wohnende Führungsfigur Thorsten Heise fokussiert.

Alte »Kameradschaft Einbeck«

Als enger Weggefährte von Thorsten Heise galt der Neonazi Dirk Niebur, der in den 1990er Jahren seine Karriere in der extrem rechten Szene begann. Schon zu FAP-Zeiten tauchte Niebur regelmäßig in Antifa-Chroniken im Zusammenhang mit extrem rechten Vorfällen auf. Zum Jahrtausendwechsel gelang es ihm, eine äußerst gewalttätige Neonazi-Szene in Einbeck mit aufzubauen, die mit bewaffneten Überfällen auf Aussteiger*innen und Antifaschist*innen auffiel. Zudem nutzte Niebur sein Grundstück in Dassel-Portenhagen, um dort RechtsRock-Konzerte zu veranstalten. Das Ende der »alten«

Der Neonazi Pascal Z. auf einer Kundgebung am 29. Juni 2019 in Northeim

»Kameradschaft Einbeck« wurde durch eine am 30. November 2008 stattfindende Geburtstagsfeier des Neonazis Mario Messerschmidt in der Göttinger Tabledance-Bar »Moonlight« besiegelt. Nach einer Auseinandersetzung dort zielte der Göttinger Neonazi mit einer geladenen Pumpgun auf den Manager der Bar. Beim Wegschlagen der Waffe löste sich ein Schuss. Die Neonazis wurden daraufhin hinausgeworfen, unter ihnen war auch Niebur. Sie besorgten sich in einer nahegelegenen Tankstelle Benzin und setzten die mit Holz verkleidete Fassade des »Moonlight« mit Molotow-Cocktails in Brand. Bei anschließenden Hausdurchsuchungen wurden mehrere Waffen und über 400 Schuss Munition gefunden. Zwei Monate später durchsuchten 400 Beamt*innen 30 Objekte in der Region Südniedersachsen mit Schwerpunkten im Landkreis Northeim und Osterode im Landkreis Göttingen. Dabei wurden knapp 100 Waffen gefunden. Der Anführer der »Kameradschaft Einbeck«, Dirk Niebur, bekam eine Haftstrafe von zweieinhalb Jahren ohne Bewährung wegen Waffenbesitzes und Bedrohung. Zudem wurde Niebur in einer von »Die Kameradschaft Dreiländereck« unterzeichneten Erklärung auf der 2016 verbotenen Internetplattform »altermedia« im September 2009 als V-Mann des Verfassungsschutzes benannt.

Neuaufstellung der Einbecker Neonazi-Szene

Zu Beginn des Jahres 2018 traten Neonazi-Strukturen in Einbeck wieder zunehmend aktiver und organisierter in Erscheinung. So gründete der Neonazi Maurice Brosenne gemeinsam mit seinem Bruder Thorben, seinem Vater Dietrich und weiteren rechten Jugendlichen eine neue »Kameradschaft Einbeck«. Die Gruppierung verfügte über persönliche Verbindungen zu Akteur*innen der »alten« Kameradschaft und stand klar in deren Tradition. Begleitet wurde die Neugründung von einer Vielzahl neonazistischer Aktivitäten in Einbeck, die bis heute andauern. Die Spannbreite reicht von Verbreitung von Nazi-Propaganda über Einschüchterungen bis hin zum jüngst verübten Sprengstoffanschlag auf den Briefkasten einer Antifaschistin.

Zu Beginn des Jahres 2020 strukturierte sich die Einbecker Neonazi-Szene neu. Persönliche Zerwürfnisse sowie eine immer mehr in den Vordergrund tretende Konzeptlosigkeit der Kameradschaft, die sich in zahlreichen mäßig erfolgreichen Facebookseiten und desaströs durchgeführten Aktionen widerspiegelte, dürften ihren Anteil daran haben. Als Reaktion darauf löste sich die »Kameradschaft Einbeck« auf und es gründete sich der lokale Kreisverband Einbeck-Northeim der Partei »Die Rechte« mit Tobias Haupt als Vorsitzendem. Der Erfolg hielt sich bislang in Grenzen. Nicht alle der Kameradschaft angehörenden Neonazis wagten den Schritt zur Partei. Mit ihrer Neustrukturierung und dem offenen Bekenntnis zu einer eindeutigen Neonazi-Partei verschreckten die Akteur*innen der ehemaligen Kameradschaft ihr subkulturelles Umfeld, das an der örtlichen Berufsbildenden Schule entstanden war.

Bundesweites Aufsehen

Für Schlagzeilen sorgte der Besuch der Neonazis Tobias Haupt, Pascal Z. und Jonas A. in der KZ-Gedenkstätte Moringen im Landkreis Northeim im November 2019. Mit provozierenden Fragen und Aussagen während einer Führung sowie dem Zurschaustellen von T-Shirt-Aufdrucken wie »Fuck you Israel« und einem im Nachhinein durchgestrichenen Davidsstern auf einem Foto machten sie auf sich aufmerksam. Für einen erneuten Aufschwung neonazistischer Gewalt in Einbeck sorgte zudem der am 10. Juni 2020 verübte Sprengstoffanschlag auf den Briefkasten einer Antifaschistin. Mutmaßlich zwei Neonazis ließen dort nachts einen von ihnen angebrachten Sprengsatz detonieren. Die Tatverdächtigen wurden aufgrund einer vom Anschlagsort zu einer nahegelegenen Wohnung führenden Blutspur zeitnah festgenommen.

Die lokale Neonazi-Szene in Einbeck steht mit ihrem ideologisch unterfütterten und regelmäßig massiv gewalttätigen Auftreten ganz in der Tradition bisher aktiver neonazistischer Gruppierungen im Landkreis Northeim. Einer Vielzahl hausgemachter »Pannen«, der Umstrukturierung hin zur Partei sowie einem spürbar stärker werdenden Gegenwind zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Antifaschist*innen ist es jedoch zu verdanken, dass die lokale Neonazi-Szene in Einbeck in den vergangenen Monaten spürbar an Nährboden verlor.

Zweimal Neonazi-Angriffe

Erfurt. In der Nacht zum 18. Juli 2020 hat vor der Thüringer Staatskanzlei in Erfurt eine Gruppe von etwa 20 Personen, die dem rechten Spektrum zugerechnet werden, eine Gruppe junger Erwachsener angegriffen und teils schwer verletzt. Auch drei hinzukommende Polizisten seien bei ihrem Eingreifen leicht verletzt worden. Die Polizei sprach in ersten Mitteilungen vom »Aufeinandertreffen alkoholisierter Gruppen« und musste den politischen Hintergrund der Angreifer einräumen, nachdem die Betroffenen sich in sozialen Medien zu Wort gemeldet hatten. Zwei Wochen später wurden im Erfurter Plattenbaugebiet Herrenberg drei Männer aus Guinea angegriffen; zwei von ihnen wurden verletzt, einer schwer. Dass keiner der insgesamt zwölf Tatverdächtigen des Angriffs in Haft gekommen ist, hatte eine Kontroverse zwischen Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) und der Staatsanwaltschaft Erfurt ausgelöst. Diese ermittelt nach dem Übergriff wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruchs im besonders schweren Fall. Das Haus, vor dem sich der Angriff auf die drei Männer aus Afrika ereignet hat, gilt seit langem als Treffpunkt der extrem rechten Szene in Erfurt.

»Neue Stärke Erfurt« ohne Bleibe

Erfurt. Der Neonazi-Verein »Neue Stärke Erfurt« (ehemals »Volksgemeinschaft e. V.«) muss sein Zentrum am Herrenberg in Erfurt räumen. Gegen das Urteil vom Juni hat der Verein keine Berufung eingelegt. Die Immobilienfirma, der das sanierungsbedürftige ehemalige Einkaufszentrum gehört, hatte im Zivilverfahren um die Gültigkeit des Zeitmietvertrages mit dem Verein Recht erhalten. Die Neonazis wollten die Immobilie nämlich nicht, wie im Mietvertrag vorgesehen, bis September 2020 räumen. Das Gebäude in der Stielerstraße hat sich mit Abschluss des Mietvertrages 2015 zu einem der wichtigsten Neonazi-Treffpunkte in Thüringen entwickelt. Die Szene konnte dort weitestgehend ungestört durch die Behörden agieren. RechtsRock-Konzerte, Parteiveranstaltungen, Kampfsporttrainings und Familienfeste fanden dort regelmäßig statt. Auch war es in der Vergangenheit im Umfeld der Immobilie immer wieder zu Bedrohungen und Übergriffen durch Neonazis unter anderem auf Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen des benachbarten Stadtteilzentrums gekommen.

Extrem rechte Netzwerke im Blaulichtmilieu

Mühlheim an der Ruhr. Am 15. September führten Ermittler*innen 14 Razzien gegen Polizist*innen durch, weiteren 15 Polizist*innen wurden Disziplinarverfügungen zugestellt. Durch Zufall waren gleich fünf extrem rechte Chatgruppen mit Beteiligung von insgesamt 29 Polizist*innen in Nordrhein-Westfalen aufgedeckt. Nach Angaben von Innenminister Herbert Reul (CDU) seien alle 29 Beteiligten suspendiert worden, außerdem seien Disziplinarmaßnahmen gegen sie eingeleitet worden. Der Großteil der Beteiligten gehörte zu einer Dienstgruppe der Schutzpolizei in Mülheim an der Ruhr. Auch ihr Leiter soll an dem Chat beteiligt gewesen sein. In den Chatgruppen wurden knapp 130 Bilddateien verteilt, darunter Fotos von Adolf Hitler und die Darstellung eines Flüchtlings in einer Gaskammer. Es ist von weitaus mehr Fällen auszugehen, weil die Ermittler vor den Razzien lediglich das Handy eines 32-jährigen Beamten ausgewertet hatten. Er wurde ursprünglich verdächtigt, Dienstgeheimnisse weitergegeben zu haben.

Berlin: Zwei Staatsanwälte abberufen

Berlin. In die Ermittlungen der seit Jahren andauernden Serie von Brandanschlägen auf Antifaschist*innen in Berlin-Neukölln hat sich die Generalstaatsanwaltschaft eingeschaltet. Die Generalstaatsanwältin Margarete Koppers hat die Ermittlungen übernommen und zwei Staatsanwälte, die bislang für die Ermittlungen zuständig waren, wegen des Verdachts der Befangenheit abgezogen. Anlass war die Beschwerde einer Opferanwältin. Im Rahmen einer Prüfung wurden auch die Protokolle der Telefonüberwachung der Hauptverdächtigen gesichtet. Demzufolge gab es bei einem Gespräch zwischen zwei Personen aus der rechten Szene eine Aussage, dass einer der zuständigen Staatsanwälte sich in einer Vernehmung als Sympathisant der »Alternative für Deutschland« zu erkennen gegeben habe. Der Vorsitzende der »Vereinigung Berliner Staatsanwälte«, Ralph Knispel, hingegen hält den Vorwurf der Befangenheit für nicht haltbar. Die Polizei geht von 72 Fällen rechter Übergriffe und Anschläge, darunter 23 Brandstiftungen, zwischen Ende 2016 und Mitte 2017 aus. 2018 wurden Brandanschläge auf die Autos eines Kommunalpolitikers und eines Buchhändlers verübt.

Black Lives Matter

USA. Die Proteste der Black-Lives-Matter-Bewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika halten seit der Ermordung des 46-jährigen George Floyd durch die Polizei an. Diese sind zur Zielscheibe von polizeilicher und rechter Gewalt geworden. In zahlreichen Städten setzten örtliche Polizeibehörden ihr gesamtes Waffenarsenal ein, um Proteste aufzulösen und Ausgangssperren durchzusetzen: Gummigeschosse, Blendgranaten, Reizgase, Taser und Schlagstöcke. Dabei wurden teilweise auch gezielt Journalist*innen angegriffen, um sie an der Berichterstattung zu hindern. In Louisville (Kentucky) erschossen Polizisten den schwarzen Restaurantbesitzer David McAtee, weil sie einen Protest vor seinem Restaurant vermuteten. In Portland wurden mit Rückendeckung des Weißen Hauses gegen den Willen der lokalen Politik Beamt*innen der Bundespolizei eingesetzt. Über einen Zeitraum von mehreren Wochen waren diese in Portland präsent. Proteste und Demonstrationen wurden von ihnen unter Einsatz von Tränengas- und Blendgranaten aufgelöst. Außerdem nahmen sie willkürliche Festnahmen vor. Dabei wurden zahlreiche Festgenommene von den nicht identifizierbaren Beamt*innen in Fahrzeuge ohne Kennzeichen verschleppt und weggefahren.
Um eine Pressekonferenz abzuhalten, ließ Trump Bundesbeamte Tränengas und Blendgranaten gegen Protestierende vor dem Weißen Haus einsetzen.
In New Mexico schoss ein Milizanhänger einen Protestierenden nieder, in Virginia fuhr ein KKK-Mitglied gezielt in eine Demonstration. In Kalifornien erschoss ein Rechtsterrorist, ein Offizier der U.S. Air Force, einen Sicherheitsbeamten und einen Polizisten, da er sich im »Rassenkrieg« wähnte.
In Kenosha (Wisconsin) wird ein 17-Jähriger verdächtigt, bei Protesten von Black Lives Matter zwei Menschen erschossen zu haben. Der Schütze war vermutlich dem Aufruf der Bürgerwehr »Kenosha Guard« gefolgt, die Polizei zu unterstützen. In Portland (Oregon) kam es am 30. August bei einem Autokorso von Trump-Anhänger*innen zu Zusammenstößen mit Gegner*innen des Präsidenten. Im Verlauf des Abends fielen vor einem Parkhaus Schüsse, ein Unterstützer der rechten Gruppe »Patriot Prayer« wurde dabei tödlich getroffen. Wenige Tage später wurde der Tatverdächtige – ein 48-jähriger Antifaschist – bei dem Versuch der Festnahme von der Polizei erschossen.
Im Zusammenhang mit den Protesten von Black Lives Matter ist es vermehrt zu sogenannten Vehicle Attacks gekommen. Ari Weil, Terrorismusforscher von der Universität Chicago, zählte allein vom 27. Mai bis 5. Juli 2020 insgesamt 66 solcher Fälle, bei denen zwei Personen getötet und zahlreiche Menschen verletzt wurden. Laut Weil seien in sieben Fällen Polizist*innen und in 59 Fällen Zivilpersonen mit Fahrzeugen in Menschenmengen gefahren. Davon ist in mindestens 19 Fällen von einer expliziten Absicht auszugehen, den Protestierenden zu schaden. Bei mindestens vier Fällen handelt es sich wohl um Unfälle. Bei den restlichen 36 Vorfällen lägen keine ausreichenden Informationen über die Motivation der Fahrer*innen vor. Vor allem seit dem Angriff eines Neonazis am 12. August 2017 auf eine Demonstration von Antifaschist*innen mit einer Toten und zahlreichen Verletzten betrachtet die rechte Szene in den USA »Vehicle Attacks« verstärkt als eine Möglichkeit des Angriffs.

Steve Bannon

Connecticut/USA. Am 20. August 2020 wurde Stephen »Steve« Bannon wegen des Verdachts der Veruntreuung festgenommen und später gegen Zahlung einer Kaution freigelassen. Der ehemalige Wahlkampfmanager und kurzzeitige Berater des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump hatte 2018 geholfen, die Spendenkampagne »We Build The Wall« ins Leben zu rufen. Ziel war es, Geld für die von Trump versprochene Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen. Insgesamt 25 Millionen US-Dollar konnte die Kampagne einnehmen. Insgesamt wurden vier Personen verhaftet. Bannon und einem weiteren Angeklagten werden die Veruntreuung von mehr als einer Million US-Dollar für private Zwecke vorgeworfen. Die beiden anderen sind der Beihilfe verdächtigt.
»We Build The Wall« hatte Ende 2018 tatsächlich mit dem Bau an der Grenze begonnen und einen etwa einen Kilometer langen Stahlzaun errichtet.

Neues zur Umwelt

Dresden. Seit dem Frühjahr 2020 gibt es ein neues Magazin zu umweltpolitischen Fragen. »Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz« wird vom »Oikos Verlag UG« in Dresden herausgegeben. Chefredakteur des Periodikums, von dem bislang zwei Ausgaben erschienen sind, ist Jonas Schick, der bereits im Umfeld der »Jungen Alternative« und der »Identitären Bewegung« aktiv war. Schick ist seit 2019 Autor in dem neu-rechten Magazin »Sezession«.

Lübcke-Prozess

Frankfurt/Main. Im Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat das Gericht die Pflichtverteidigung durch Frank Hannig aufgehoben (s. drr Nr. 185). Nachdem Hannig – ohne Substanz und Absprache mit Ernst – über eine Tatbeteiligung durch zwei Arbeitskollegen von Ernst spekuliert hatte, sei das Vertrauensverhältnis aus Sicht des Oberlandesgerichts zerstört gewesen. Derweil hat Ernst am 5. August vor dem Oberlandesgericht ein weiteres Mal zugegeben, die tödlichen Schüsse auf Lübcke abgegeben zu haben. Der Mitangeklagte Hartmann sei bei der Tat anwesend gewesen. Hartmann hat bisher jegliche Aussage verweigert. In der Befragung eines Ermittlers bestätigte dieser, dass zunächst nicht von einem politischen Motiv für die Tat ausgegangen worden sei. Bei der Erörterung politischer Motive habe man sich jedoch auch links-motivierte Windkraftgegner*innen vorstellen können. Erst durch den zufälligen Fund einer Hautschuppe von Ernst auf der Jacke des getöteten Lübckes waren die Ermittler*innen auf Ernst als Tatverdächtigen gestoßen.

#Rente

Nur für Deutsche

Seit langem steht die Rentenpolitik im Mittelpunkt der innerparteilichen Auseinandersetzung um die sozial- und wirtschaftspolitische Ausrichtung der »Alternative für Deutschland«. Ein nun gefundener Kompromiss soll die verschiedenen Strömungen auf ihre Gemeinsamkeiten einschwören.

von Stefan Dietl

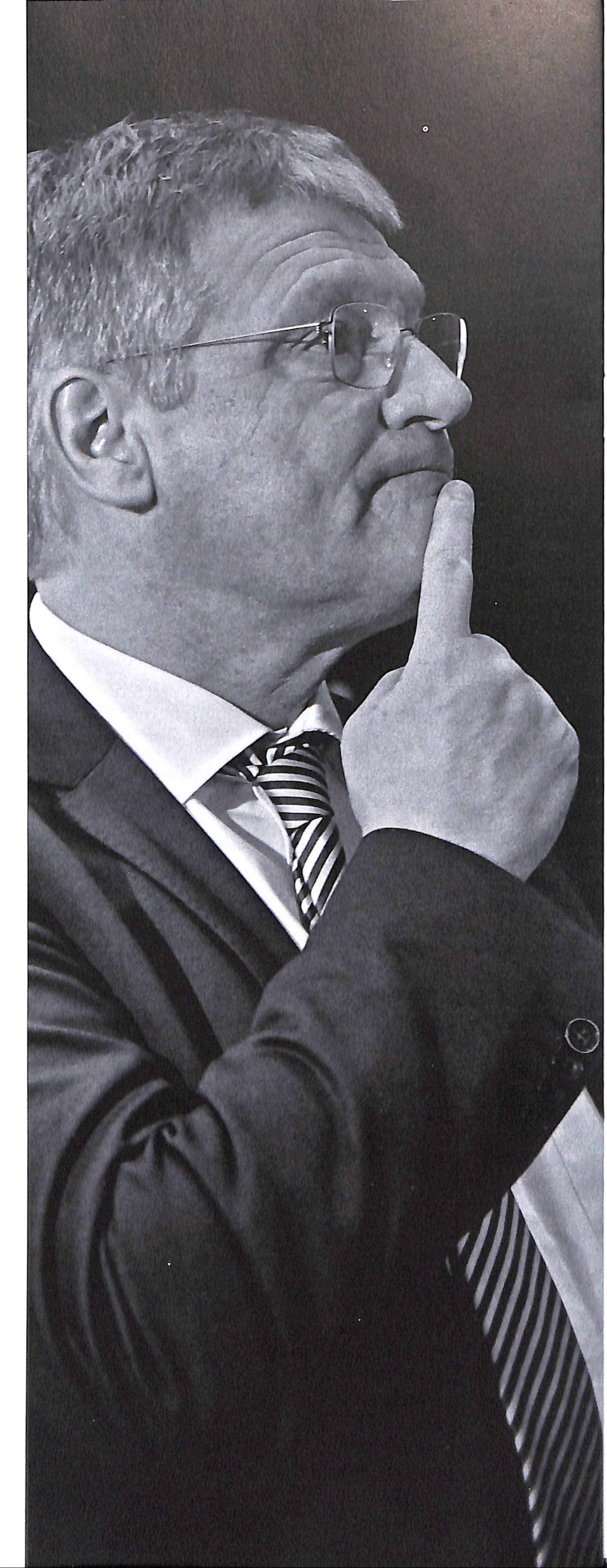
Seit ihrer Gründung ist die »Alternative für Deutschland« (AfD) in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen von neoliberalen Vorstellungen geprägt. Steuererleichterungen für Unternehmen, weitere Deregulierungen am Arbeitsmarkt und Sozialabbau bestimmten sowohl die Wahlprogramme der Partei als auch das Grundsatzprogramm. Dies galt bisher auch für die Rente: Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Rückbau der gesetzlichen Rente, Stärkung der privaten Altersvorsorge – die üblichen wirtschaftsliberalen Antworten in der Rentenfrage dominierten auch die Diskussion in der AfD.

Geändert hat sich inzwischen jedoch die Wähler*innenschaft. Als wirtschaftsliberales Elitenprojekt, das seine Wähler*innen vor allem aus der gehobenen Mittelschicht rekrutierte, blieb der AfD 2013 noch der Einzug in den Bundestag verwehrt. Inzwischen ist die Partei in allen Landesparlamenten vertreten und größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Ihre Wahlerfolge verdankt sie vor allem ihrem Vordringen in weite Teile der Arbeiter*innenmilieus. Möchte sie ihr häufig formuliertes Ziel erreichen, sich als dritte Volkspartei zu verankern, gelingt ihr dies nur, wenn sie ihre Basis unter abhängig Beschäftigten weiter ausbaut. Die Forderung nach »Privatisierung der Rente« halten nicht wenige in der AfD dabei für ein Hindernis. Insbesondere die Rentenpolitik steht daher seit langem im Zentrum des Kräftezerrens zwischen marktradikalen Hardliner*innen und völkischen Nationalist*innen, die seit langem auf einen sozialpolitischen Kurswechsel drängen. Zwei sich scheinbar unversöhnlich gegenüberstehende Konzepte stehen dabei im Fokus: Das des Parteivorsitzenden Jörg Meuthen und das der Thüringer Landtagsfraktion unter der Federführung von Björn Höcke.

Zerschlagung der gesetzlichen Rentenversicherung

Meuthen trommelt bereits seit Jahren für einen »Systemwechsel in der Rentenversicherung«. Im November 2016 plädierte er in der Tageszeitung »Die Welt« für ein Ende der gesetzlichen Rentenversicherung und eine »staatlich erzwungene private Vorsorge«.

Dass ein Plädoyer für die Abschaffung der gesetzlichen Rente bei der Wähler*innenschaft nicht auf Begeisterung stößt, ist Meuthen bewusst. In seinem im Herbst 2018 vorgestellten Konzept soll den Wähler*innen die Abschaffung der umlagefinanzierten Rente deshalb mit der Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente für alle Bürger*innen schmackhaft gemacht werden. Grundrente für alle – das klingt zunächst nach einer sozialpolitischen Wohltat, entpuppt sich jedoch schnell als Rentenkürzungsprogramm. Nach Meuthens Plänen soll die Mindestrente nur knapp über dem Niveau des Existenzminimums liegen. Eine den Lebensstandard sichernde Alters-



versorgung, wie sie die gesetzliche Rente eigentlich zum Ziel hat, soll damit nicht erreicht werden. Meuthen will stattdessen die private Altersvorsorge ausbauen, beispielsweise durch Immobilien- und Aktienbesitz, und die Lebensarbeitszeit verlängern. Die Einführung einer solchen Minimalrente würde die ohnehin um sich greifende Altersarmut weiter verschärfen. Während die umlagefinanzierte, gesetzliche Rente zudem eine Versicherungsleistung ist, auf die entsprechende Ansprüche erworben werden, ist eine rein steuerfinanzierte Altersvorsorge vollkommen der politischen Willkür ausgeliefert und noch dazu abhängig von den vorhandenen Haushaltsmitteln. Mit genereller Unterstützung für seine Pläne kann Meuthen von anderen prominenten Vertreter*innen der Bundespartei rechnen, denn auch Beatrix von Storch und Alice Weidel zählen zu den Befürworter*innen einer Zerschlagung der umlagefinanzierten Rente.

Auflösung in der Volksgemeinschaft

Im Gegensatz zu den marktradikalen Hardliner*innen in der Partei setzt der völkisch-nationalistische Flügel auf eine Stärkung der gesetzlichen Rente. Im Mittelpunkt ihrer Agitation steht der vermeintliche Kampf gegen Altersarmut. Das Rentenniveau soll angehoben werden. Zudem sollen auch Beamt*innen und Selbstständige in die gesetzliche Rente überführt werden. Kernelement ist jedoch die sogenannte Staatsbürgerrente: Ein Rentenzuschuss ausschließlich für deutsche Staatsbürger*innen. Berechtigt soll sein, wer weniger als 45 Entgeltpunkte, aber mindestens 35 Beitragsjahre erreicht. Dieser steuerfinanzierte Aufschlag soll eine deutliche Erhöhung für Bezieher*innen niedriger Renten bringen – aber eben nur an Deutsche ausgezahlt werden. Ausländische Staatsbürger*innen sollen trotz Einzahlung in die Beitragskassen außen vor bleiben. Hinzu soll eine »Kinderrente« kommen: Ein Rentenzuschuss abhängig von der Kinderzahl, der sich nach der »rechnerischen Versorgungslücke des Standardrentners« bemisst.

Höckes Konzept steht in mehrfacher Hinsicht in der Tradition der völkischen Sozialpolitik. Man greift reale Missstände wie die Altersarmut auf, um völkische Lösungen wie einen Rentenzuschlag nur für Deutsche zu präsentieren. Doch bei allen Zugeständnissen an abhängig Beschäftigte, die gegensätzlichen Interessen von Unternehmen und Lohnabhängigen werden nicht nur nicht thematisiert, sondern im Gegenteil: Das Ziel ist die Auflösung dieser Widersprüche in der Volksgemeinschaft.

Eine Umverteilung von oben nach unten, wie ein Ende der Beitragsbemessungsgrenze, ist in Höckes Konzept beispielsweise nicht vorgesehen. Spitzenverdiener*innen sollen weiterhin einen kleineren Anteil ihrer Einkommen in die Rentenkasse einzahlen als Beschäftigte mit geringem Einkommen. Statt um die vielbeschworene soziale Gerechtigkeit geht es den völkischen Nationalist*innen vielmehr um eine Spaltung der Gesellschaft in ein völkisches »Wir« vs. »Die«.

Aufgeschobener Kompromiss

Eigentlich sollte auf einem eigens dafür anberaumten – bereits mehrmals verschobenen – Parteitag im April 2020 über den rentenpolitischen Kurs der AfD entschieden werden. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde er jedoch abgesagt. Der im Vorfeld ausgehandelte Kompromiss, der sich in einem von der AfD-Bundesprogrammkommission verabschiedeten Leitantrag widerspiegelt, gibt jedoch eine Richtung vor. Klar ist: Vorerst will die AfD an der gesetzlichen Rentenversicherung festhalten.

Statt jedoch Beamt*innen in die gesetzliche Rente zu überführen will die AfD das Beamt*innenrecht reformieren. Nur noch Staatsdiener*innen, die mit originär hoheitlichen Aufgaben betraut sind, sollen Beamt*innenstatus erhalten, also vor allem Militär, Polizei und Justiz. Lehrer*innen und andere Beschäftigte in Bereichen wie Bildung, Soziales und Kultur sollen hingegen nicht mehr verbeamtet werden. Selbstständige sollen zwar in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden, könnten sich optional aber auch privat versichern.

Auch in anderen Fragen unterscheiden sich die rentenpolitischen Vorschläge kaum von denen, die in den anderen im Bundestag vertretenen Parteien seit Jahren diskutiert werden. So soll das Renteneintrittsalter flexibel gestaltet und Beschäftigte mit geringem Einkommen dadurch entlastet werden, dass nur noch 25 Prozent der Altersrente an die Grundsicherung angerechnet werden. Eltern sollen für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen. Für jedes Kind mit deutscher Staatsbürgerschaft soll zudem bis zum 18. Lebensjahr 100 Euro monatlich auf ein Spardepot einbezahlt werden. Ein »Deutschland-Zuschuss light«, der eindeutig das völkisch-nationalistische Lager befriedigen soll.

Zwar setzt der Leitantrag vorerst weiter auf die umlagefinanzierte Rente, verschwunden ist die von den Wirtschaftsliberalen propagierte Abschaffung der gesetzlichen Rentenversicherung jedoch nicht. So soll angesichts der sich »rasant ändernden Arbeitswelt mit zunehmender Digitalisierung, Auflösung tradierter Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen und disruptiver Lebensläufe« perspektivisch der Wegfall der gesetzlichen Rente geprüft werden. Ganz vom Tisch ist Meuthens Modell also nicht.

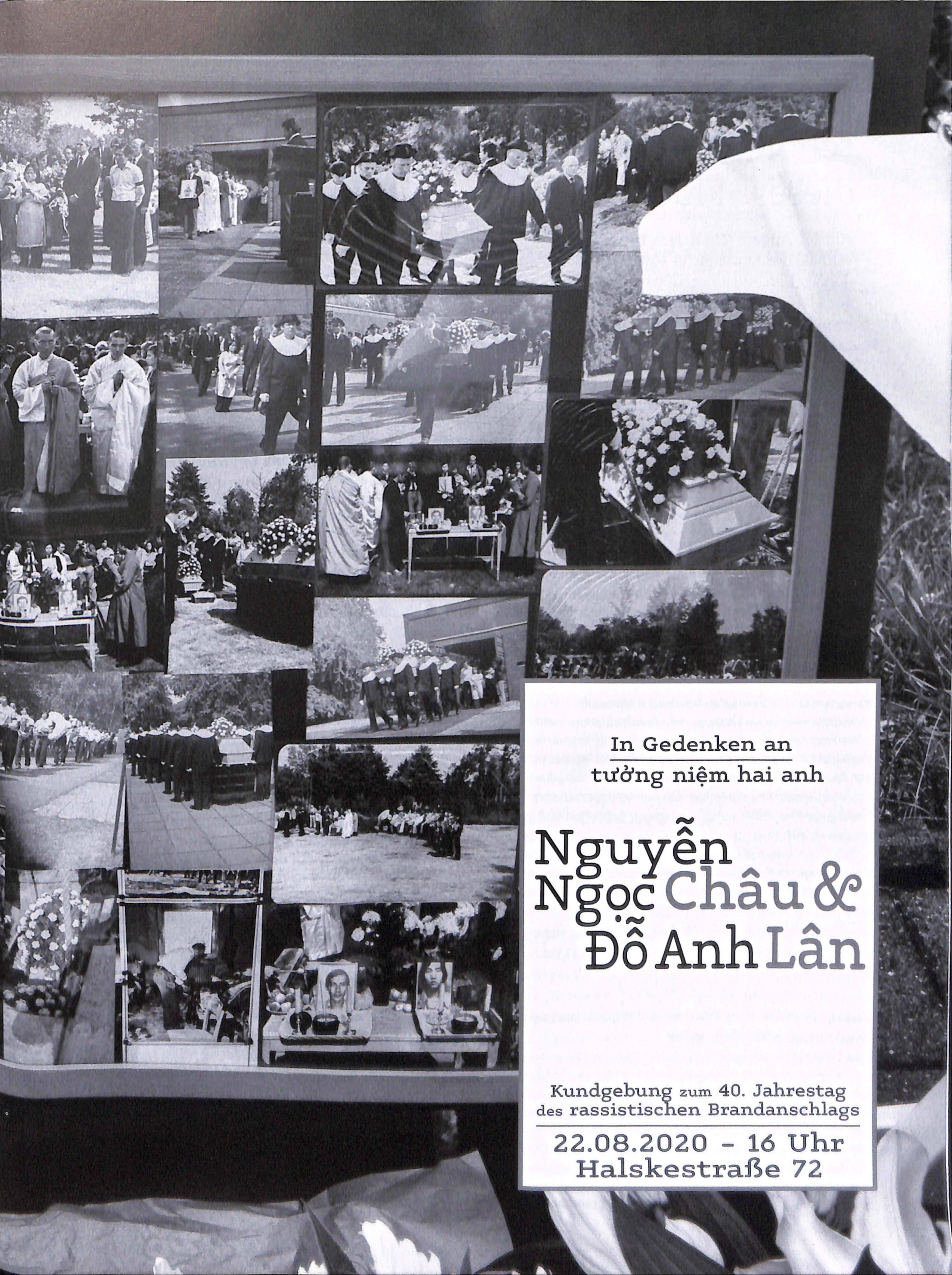
Aufgepeppt wird der wenig Aufsehen erregende Reformvorschlag der AfD durch umso mehr völkischen Kitsch. Migration wird als Gefahr für die Sozialsysteme präsentiert. Von der Verpflichtung zur »Solidarität und gegenseitigen Hilfe innerhalb unseres Volkes« ist die Rede und von einer »demographischen Wende« durch Steigerung der Geburtenrate. Die sei nicht nur die einzige Möglichkeit zur Stabilisierung der Sozialsysteme, sondern »auch zur Bewahrung unserer Kultur und zum Fortbestand unseres Volkes«. Für die ersten drei Jahre der Kindererziehung wird ein Betreuungsgeld verlangt, Familien sollten über »Risiken der Fremdbetreuung« aufgeklärt werden. Kombiniert wird all dies mit der Warnung vor »Frühsexualisierung« und »Gender Mainstreaming«.

Rassismus, Antifeminismus und Nationalismus

Ob der im Leitantrag gefundene Kompromiss letztlich Bestand hat, ist offen. Auf dem nachzuholenden Parteitag könnten die Anhänger*innen Höckes wie auch die Verbündeten Meuthens versuchen, durch Änderungsanträge die Delegierten zu ihren Gunsten zu gewinnen. Denn sowohl Höckes als auch Meuthens Konzept finden im Leitantrag kaum Erwähnung. Mit dem von der Bundesprogrammkommission beschlossenen Leitantrag setzt die AfD –statt auf eine Entscheidung in widersprüchlichen Fragen – auf die Betonung der Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Strömungen in der Partei. Insbesondere Rassismus, Antifeminismus und Nationalismus wirken als einigendes Band, das die heterogene Partei zusammenhält. Gemeinsamkeiten, an denen die AfD auch in der Rentenfrage anknüpfen kann, haben doch sämtliche rentenpolitischen Vorstellungen in der Partei die Schlechterstellung von Menschen ohne deutschen Pass gemein. Auch Meuthens neoliberales Konzept wartet letztlich mit einer völkischen Note auf. So sollen Ausländer*innen die Mindestrente erst dann erhalten, wenn sie mindestens 20 Jahre einen »gesellschaftlichen Beitrag« durch Steuerzahlung geleistet haben. Zumindest vorerst könnte es der AfD so erneut gelingen, die Reihen trotz vorhandener Widersprüche zu schließen.



Billbrook: Anschlag auf Ausländerwohnheim
Zwei Vietnamesen tot – Angeklagter lachte
Neue Nazis ● Manfred Röder („Deutsche Aktionsgruppe") vor Gericht
„Huckepack" nach Indonesien
FIX WAS LOS
Trauerfeier für die Vietnamesen


In Gedenken an
tưởng niệm hai anh
Nguyễn Ngọc Châu &
Đỗ Anh Lân
Kundgebung zum 40. Jahrestag des rassistischen Brandanschlags
22.08.2020 – 16 Uhr
Halskestraße 72

#Halskestraße

Es gab damals schon die Bilder dieser »Flut«

Am 22. August jährte sich zum 40. Mal der rassistische Anschlag der »Deutschen Aktionsgruppen« (DA) in der Hamburger Halskestraße, bei dem zwei Menschen starben. Für »der rechte rand« sprach Nina Rink mit Lin Trân und Jens Lucá, die sich in der Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân engagieren.

drr: Was ist im August 1980 in Hamburg passiert?

Initiative Halskestraße: In der Nacht zum 22. August 1980 gab es einen Brandanschlag auf die Unterkunft in der Halskestraße, in der Asylsuchende lebten, unter anderem »Boat People« aus Vietnam. Das Gebäude stand in einem Gewerbegebiet, ziemlich für sich allein. Der Brandanschlag wurde von zwei Mitgliedern der »Deutschen Aktionsgruppen« auf der Hinterseite dieses Gebäudes verübt.

Wie wurden die Täter*innen auf die Unterkunft aufmerksam?

Im Prozess kam raus, wie es zu dem Anschlag in der Halskestraße gekommen ist: Die beiden Täter*innen, Sibylle Vorderbrügge und Raymund Hörnle, waren auf dem Weg zu Manfred Roeder, dem Kopf der DA, der sich in Schleswig-Holstein aufhielt. Nach einer Übernachtung in Hamburg wurden sie durch einen reißerischen Artikel im Hamburger Abendblatt auf die Unterkunft aufmerksam. Daraufhin planten sie den Anschlag. Sie haben die Halskestraße ausgekundschaftet und sind nachts wiedergekommen, hatten Flaschen und Benzin mitgebracht. Es hat geregnet, weshalb die Aktion fast vorm Abbruch war. Als der Regen nachließ, haben sie drei Brandsätze in ein Fenster geworfen, hinter dem Châu und Lân schliefen. Die beiden Opfer sind zwar von ihren Zimmernachbarn noch rausgebracht worden, aber Châu verstarb am nächsten Morgen und Lân neun Tage später aufgrund der schweren Verletzungen.

Das klingt nach einer spontanen Aktion – was wisst ihr über die Täter*innengruppe, deren Vernetzung und Organisierungsgrad?

Das war ein Netzwerk, geleitet von Manfred Roeder, deren Mitglieder verschiedene Aktionen durchgeführt haben. In Baden-Württemberg gab es beispielsweise einen Rohrbombenanschlag auf eine Asylunterkunft sowie weitere Anschläge auf Unterkünfte in Süddeutschland und im April 1980 auf die Janusz-Korczak-Schule in Hamburg. Bei den Anschlägen konnten sich die Mitglieder auf die Unterstützung durch Bekannte, Freunde und ihnen politisch nahestehende Personen stützen. Es waren sehr unterschiedliche Leute aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen dabei: Ein Arzt, ein Monteur ...

Was passierte dann?

Zwei Wochen nach dem Anschlag in der Halskestraße gab es bundesweit Durchsuchungen, die Struktur ist hochgenommen worden. 16 Leute wurden dem Netzwerk zugerechnet, der Prozess wurde aber nur vier Leuten gemacht.

Wie lief der ab?

Der Prozess wurde in Stuttgart-Stammheim eröffnet, also schon mit politischer Bedeutung. Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren trotzdem relativ niedrig gehängt; auch Manfred Roeder nicht als Kopf dieser ganzen Struktur gesehen. Die Anklageschrift lautete aber auf Bildung einer terroristischen Vereinigung und das Gericht hat Roeder schnell als Rädelsführer identifiziert. Es gibt Aussagen aus der Bundesanwaltschaft, die die ganze Struktur und insbesondere Manfred Roeder entlasten und die Bedeutung damit herunterspielen.

Zum Beispiel?

Beispielsweise wurde Sybille Vorderbrügge im Prozess als Anhängsel dargestellt. Es wurde eine Art Liebesgeschichte konstruiert, in der einer der Beteiligten nur mitmachte, weil er in sie verliebt war und ihre eigene Rolle als von Roeder Verführte kleinredete. So dass es aussah, als stünden gar keine politischen Motive dahinter. Aus den Akten geht hervor, wie absurd dieser Prozess gelaufen sein muss. Es geht dabei eigentlich immer um die Entlastung und Entpolitisierung der Tat.

Nochmal zurück: In welcher gesellschaftlichen Stimmung fand die Tat damals statt?

Es gab große gesellschaftliche und politische Umbrüche um 1980. Der Rassismus in der Gesellschaft war sehr verbreitet. Es gab damals schon die Bilder dieser »Flut«: Dass viele Menschen aus anderen Ländern kommen, die »Arbeitsplätze wegnehmen« und eine Bedrohung darstellen. Ein anderes Thema, was damals auf- beziehungsweise angegriffen wurde, ist die Erinnerung an den NS. Das sind zwei Themen, die in den 1980er Jahren Bedeutung hatten. Und was man oft vergisst: Es gab ja noch lebende ehemalige Angehörige zum Beispiel der Waffen-SS, die sich regelmäßig trafen. Das ist meiner Meinung nach wichtig, um die Zeit zu verstehen – dass die alten Täter lebten und sich zum Teil öffentlich äußerten, politisch aktiv waren, beispielsweise in der NPD oder in der CDU.

Was bedeutet das für die rechten Strukturen damals?

Bezogen auf den Alltagsrassismus ist bei den DA zu sehen, dass die sich schon damals als »Vollstrecker« der vorherrschenden Bevölkerungsmeinung gesehen haben: Dass Asylsuchende allgemein nicht erwünscht sind und sie diejenigen sind, die handeln, weil der Staat nicht handelt. Wir sehen in der Zeit auch das Erstarken rechtsterroristischer Strukturen, die wie zum Beispiel die »Wehrsportgruppe Hoffmann« recht offen auftreten. Spannend finde ich, dass der Staat schon irgendwie versuchte, darauf zu reagieren, immer mal wieder Razzien durchführte, Waffen und Sprengstoff fand, aber die Prozesse letztendlich schleppend verliefen. Das Signal nach außen war: Wir haben da einen Blick drauf. Der Effekt dieser Maßnahmen war aber gleich Null. Und in der öffentlichen Wahrnehmung stand der Feind links.

Wie war der Umgang in Hamburg mit dem Anschlag?

Bei der Beerdigung waren 400 Teilnehmer*innen und der Erste Bürgermeister hat gesprochen. Aber seitdem gab es in Hamburg kein weiteres Gedenken daran.

Wie hat sich das geändert?
Im Zuge der Selbstenttarnung des NSU haben Menschen aus Hamburg eine Veranstaltungsreihe geplant und überlegt: Gab es schon vor dem NSU rassistische Morde in der Stadt? Und diejenigen, die dann später auch die Initiative gegründet haben, waren total erschrocken darüber, dass sie selbst nicht wussten, was es alles an rassistischen Morden und Taten in den 1980er Jahren in Hamburg gab. Die Abschlussveranstaltung der Reihe, im Jahr 2014, war dann eine Gedenkkundgebung in der Halskestraße. Damals ist das erste Mal wieder an den Anschlag erinnert worden – nach 34 Jahren!

Wie erklärt ihr euch, dass dieser Anschlag und diese Zeit so in Vergessenheit geraten ist?
Ich selber bin in Hamburg aufgewachsen, habe die rassistischen Ausschreitungen zu Beginn der 1990er Jahre bewusst wahrgenommen, aber wenig über die 1980er Jahre gewusst. Als wir angefangen haben zu recherchieren, ist immer mehr dazugekommen. An keinen der Anschläge dieser Zeit wurde irgendwie öffentlich erinnert. Wenn man sich die Flugblätter der linken Szene in den 1980ern anguckt, merkt man, dass die Sichtweise auf migrantische Strukturen sehr distanziert und durchsetzt von rassistischen Reproduktionen und Perspektiven ist. Ich glaube auch, dass Anfang der 1980er Jahre die Kontakte zur vietnamesischen Diaspora fehlten. Der vietnamesische Verein in Hamburg hat selbst auch kein öffentliches Gedenken forciert. Von der Stadt Hamburg aus gibt es gar kein institutionelles Gedenken an rassistische Morde. 1980er Jahre in Hamburg, das ist »Hafenstraße«, aber nicht rassistische Gewalt.

Was wisst ihr heute darüber?
In den 1980er Jahren ist hier sehr viel passiert an alltäglicher rechter Gewalt. Da sind regelmäßig Menschen angegriffen worden. Es gab Massenschlägereien mit 20, 30 Leuten, zwischen Nazi-Skins und migrantischen Jugendlichen oder auch Punks. In den 1990ern ist die Gewalt auf der Straße – auch durch antifaschistische Intervention – im Verhältnis zu den Vorjahren zurückgegangen. Das führte dazu, dass es eigentlich seit den 2000ern keine organisierten Neonazistrukturen mehr gibt, die eine vergleichbare Gewalt ausüben. Und so entstand wohl der Eindruck, das hätte es früher auch nicht gegeben.

Kannst du nochmal mehr über eure Initiative erzählen?
Bei dem ersten Gedenken 2014 sind wichtige Kontakte entstanden. Das Ehepaar, das damals eine Patenschaft für Châu und Lân übernommen hatte, engagiert sich seitdem in der Initiative. Eine Person ist dabei, die damals selbst in der Unterkunft gewohnt und den Brandanschlag überlebt hat. Das macht unsere Initiative so divers, es gibt Leute wie mich, die mit einer antirassistischen, antifaschistischen Perspektive kommen und sagen, was Organisationen wie die DA an rassistischer Gewalt ausgeübt haben. Daran und an die Opfer muss erinnert werden.

Woran arbeitet die Initiative momentan?
Wir waren gerade damit beschäftigt, das Gedenken für den 40. Jahrestag des Anschlags vorzubereiten. Auf der Gedenkkundgebung hielten wir Redebeiträge, in denen beispielsweise auf die Kontinuität rechten Terrors und den ignoranten Umgang der Stadt Hamburg mit den rassistischen Morden hingewiesen wurde.

Wie ist der Stand der Dinge bezüglich eines Gedenkortes?
Am Ort des Anschlags gestaltet es sich sehr schwer, einen Gedenkort zu schaffen – an dem Hotel, das jetzt dort steht, gibt es keinen einzigen Hinweis. Von der Stadt werden wir auch nicht wirklich unterstützt. Deshalb haben wir als Initiative mit dem Friedhof Öjendorf, wo Châu und Lân beerdigt wurden, gesprochen. Dort ist gerade, zum 40. Jahrestag, eine Stele aufgestellt worden, die an den Anschlag erinnert. Wir sind sehr froh, dass wir das umsetzen konnten. Uns war wichtig, dass das noch zu Lebzeiten von Đỗ Mui, der Mutter von Đỗ Anh Lân, passiert.

Trotzdem fordert ihr weiterhin ein Gedenken in der Halskestraße und das scheint nicht so einfach zu sein...
In der Bezirksversammlung hat sich schon die Erkenntnis durchgesetzt, dass es einen Gedenkort braucht und dass es beschämend ist, dass es den nicht gibt. Aber auf stadtpolitischer Ebene werden dem weiterhin Steine in den Weg gelegt. Beispielsweise bei der Straßenumbenennung – da kommt die Kulturbehörde mit fadenscheinigen, vorgeschobenen Argumenten: Die Namen seien zu lang und so schwer auszusprechen. Es wird die Frage gestellt, ob dieses Ereignis so bedeutend sei für Hamburg oder es wird argumentiert, die Straße in dem Gewerbegebiet sei so lang und da würde dann künftig – mit neuem Namen – niemand mehr hinfinden.
Es wird auch argumentiert, die vietnamesische Community wolle das gar nicht. Einige, die in den 1980er Jahren als »Boat People« kamen, vertreten die Position, man müsse Deutschland dankbar dafür sein, dass sie aufgenommen wurden; sie wollen daher keine Kritik üben. Womöglich möchten sie nicht im Mittelpunkt stehen und den Rassismus, der ihnen widerfahren ist, thematisieren.

Wie geht es für euch weiter?
Wir werden an der Forderung nach einer (Teil-)Straßenumbenennung und nach einer Gedenktafel am Ort des Anschlags festhalten. Außerdem gibt es eine Menge Ideen, die wir weiterverfolgen wollen. Stichwort digitales Gedenken: Wir wollen das online aufbereiten, so, dass auch in zehn Jahren noch nachgelesen werden kann, was passiert ist. Auch beteiligen wir uns an anderen Initiativen, zum Beispiel »40jahre.nonazis.net«.

Was ist euch wichtig für die Zukunft, wenn es um das Gedenken an rassistische Gewalt geht?
Ein Punkt, den wir zuletzt häufiger diskutiert haben, ist, dass wir die 1980er Jahre zumindest für Hamburg, was rassistische Gewalt angeht, nochmal neu betrachten müssen. Über diese Zeit gibt es noch riesige Wissenslücken, die Geschichte müsste noch weitgehender aufgearbeitet werden. Es wird viel über die rassistische Gewalt im Ostdeutschland der 1990er Jahre gesprochen, was ja auch wichtig ist. Aber was sich vorher auch in Westdeutschland abgespielt hat, darüber wird noch zu wenig gesprochen. Wenn man sich damit intensiver beschäftigen würde, müsste sich auch die Perspektive auf die westdeutsche Geschichte ändern, die auch eine der rassistischen tödlichen Gewalt ist. Bei dieser Diskussion merken wir als Initiative auch: Wir müssen da unseren Blick auf Hamburg ändern. Und diesen Blick hatten migrantische Strukturen viel früher, weil sie unmittelbar betroffen waren von dieser rassistischen Gewalt.

Vielen Dank für das Gespräch!

#VerlorenesJahrzehnt

Erinnerungspolitik in Sachsen

von Franziska Müller

Am Abend des 21. Juli 2020 war klar: Siegfried Reiprich als Geschäftsführer der »Stiftung Sächsische Gedenkstätten« (StSG) ist Geschichte. Der Stiftungsrat beschloss einstimmig seine sofortige Freistellung und die Auflösung seines Vertrags zum November 2020. Ein Aufatmen war wahrnehmbar vor allem in den durch jahrelange kräftezehrende Auseinandersetzungen mit der Geschäftsführung gefangenen Fördervereinen der kleinen NS-Gedenkstätten und den Interessensvertretungen der NS-Opferverbände in den Stiftungsgremien. Trotz anhaltender Kritik und immer wieder auch bundesweiter Presse hatte die sächsische CDU an der Personalie festgehalten, obwohl auch die Evaluation der Stiftung im letzten Jahr keine positive Resonanz der Arbeit und gravierende Mängel festgestellt hatte.
Doch dann ging es plötzlich schnell: Wenige Tage nach seiner Ankündigung, krankheitsbedingt vorzeitig in Ruhestand gehen zu wollen, und nach den Jugendkrawallen in der Stuttgarter Innenstadt twitterte Reiprich am 29. Juni 2020: »War da nun eine Bundeskristallnacht oder ›nur‹ ein südwestdeutsches Scherbennächtle?« Wer die – wenn auch privaten – Tweets von Reiprich verfolgte, konnte schon lange von »Tichys Einblick« bis zu diversen Abgeordneten der »Alternative für Deutschland« (AfD) auch dem Who-is-who der rechten ehemaligen Bürgerrechtler*innen über seinen Account folgen. Seine Nähe zu neu-rechten Positionen wurde auch durch seine Aktivitäten in der antitotalitären »Platform of European Memory and Conscience«, in Presseberichten oder durch Aussagen bei der Anhörung im Kulturausschuss des Sächsischen Landtages sichtbar.
Reiprich ist mit seinen Ansichten nicht allein. 2015 geriet die Stiftung in den Fokus der überregionalen Medien, als ihr damaliger stellvertretender Geschäftsführer, Bert Pampel, sich per stiftungseigenem Twitter-Account zu PEGIDA äußerte: »Regierung, die sich nicht an Recht & Gesetz hält, trägt Mitschuld, wenn Bürger sich gg illegale Einwanderung wehren. [Schreibweise im Original]« Auf öffentlichen Druck wurden daraufhin im Stiftungsrat Regeln für Twitter festgelegt. Woraufhin Pampel im Editorial des stiftungseigenen Newsletters nachlegte und vom Aufstieg der NSDAP in den 1920er Jahren, welche die Deutschen »nicht zur stärksten Partei wegen ihres Antisemitismus [machten], sondern weil es der Politik u. a. nicht gelang, die mit der Weltwirtschaftskrise verbundenen Probleme zu lösen«, eine Linie zur gegenwärtigen Debatte um Einwanderungspolitik zog. Er suggerierte in bekannter neu-rechter Argumentationsstrategie eine Tabuisierung des Themenkomplexes. Die Stiftung musste sich von diesen Äußerungen distanzieren und Pampel bekam neue Aufgabenfelder.
Doch der Reihe nach. Die Personalie Reiprich ist nur ein kleiner Teil in einer langen ideologischen Auseinandersetzung um Erinnerung in Sachsen. Seit Jahren steht im Mittelpunkt der hiesigen Geschichtspolitik die durchaus berechtigte Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Die aktuelle Erinnerungslandschaft spiegelt besonders die jahrelange Vernachlässigung, Unterfinanzierung und das politische Desinteresse an der Geschichte des Nationalsozialismus wider.

Politisches Gedenken

So kann man exemplarisch sehen, wohin eine konservative, rechte Politik in dem seit 1990 quasi CDU-alleinregierten Bundesland führen kann. Eine Politik, die über Jahrzehnte Neonazistrukturen ignoriert, verleugnet und als Problem an gesellschaftliche Ränder externalisiert – angefangen bei den »Skinheads Sächsische Schweiz« bis zum NSU – und die eine nationalistische Identitätspolitik betrieben hat. Mit dem langjährigen CDU-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, der 2001 feststellte: »Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus« und dies auch 2018 noch bekräftigte.
Als die NPD 2004 und 2009 in den Landtag und dann landesweit in Kommunalparlamente einzog, gefolgt von den Erfolgen der AfD ab 2014 und ihrer Etablierung im Bundesland, spielte eine offensive Auseinandersetzung mit den Inhalten ihrer rassistischen und menschenfeindlichen Ideologie zum Beispiel durch Bildungsangebote in den vom Land unterhaltenen Gedenkstätten kaum eine Rolle. Während sich ab 2018 bundesweit die NS-Gedenkstätten mit zunehmenden geschichtsrevisionistischen Angriffen beispielsweise durch AfD-Besucher*innengruppen auseinandersetzen mussten, wies Reiprich seine Gedenkstättenleiter*innen darauf hin, die Stiftung habe kein »parteipolitisches Mandat« und verweigerte die von Mitarbeiter*innen eingeforderte Diskussion und Weiterbildung zum Thema. Kritisch wies auch die Evaluation der Stiftungsarbeit 2019 darauf hin, dass »das Ziel einer angemessenen Bildungsarbeit nicht erfüllt« werde.

Der Anfang

1994 wurde per Kabinettsbeschluss die »Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft« gegründet – ohne die sonst im Landtag übliche Debatte zu

»War da nun eine Bundeskristallnacht oder ›nur‹ ein südwestdeutsches Scherbennächtle?«

Zitat: Siegfried Reiprich

führen, zumal dazu ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion vorlag. Die Landesstiftung sollte sich dem Erinnern, Gedenken, Aufarbeiten und Erforschen »politischer Gewaltverbrechen« widmen. Die totalitarismustheoretische Formel verwischte ganz wertfrei die Unterschiede zwischen NS-Herrschaft, sowjetischer Besatzungspolitik und SED-Staat und sollte an historischen Orten wie Bautzen, Münchner Platz Dresden, Zeithain, Pirna-Sonnenstein und Torgau Gedenkstätten unterhalten. Geschichtspolitisch war die Satzung ganz nach den Vorstellungen der Opfervertreter*innen der sowjetisch besetzten Zone (SBZ)/DDR – auf deren Initiative die Stiftungsgründung auch zurück ging – ohne Differenzierung stalinistischer und poststalinistischer Zeit in der DDR und mit starken Analogien zu den NS-Verbrechen. Zudem wurde mit der Verteilung von Ämtern im Stiftungsrat an die Staatsregierung (Minister) und landeseigenen Institutionen (Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen) und das »Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung« in Dresden (HAIT) eine deutliche politische Dominanz festgeschrieben, während die »Verbände der Opfer politischer Gewaltherrschaft« lediglich drei Sitze erhalten sollten. In diesem Sinne begann der Aufbau verschiedener Gedenkstätten – begleitet vom bundesweiten Diskurs um die Neugestaltung der großen Mahn- und Gedenkstätten in Buchenwald und Sachsenhausen und von dem geschichtspolitischen Streit zwischen »verordnetem Antifaschismus« in der DDR und antitotalitärem Konsens in der Bundesrepublik und letztlich um die Finanzierung von Erinnerungsarbeit.

Zwei Vergangenheiten

Die Gedenkstätten Bautzen, Münchner Platz Dresden und das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau sind Orte mit »doppelter Vergangenheit«, während sich Ehrenhain-Zeithain und Pirna-Sonnenstein zwei NS-Verfolgungskomplexen – Kriegsgefangene und Euthanasie – widmen. Die vermeintlich »eingeschwungene Balance« zwischen »vor und nach '45ern« wird mit einem neuen Stiftungsgesetzentwurf der CDU 2002 »gestört«, als zwei weitere Einrichtungen, die sich Institutionen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Dresden (Bautzner Straße) und Leipzig (»Runde Ecke«) widmen, in die Förderung der Stiftung aufgenommen werden und in NS-Zeit und DDR getrennten Fachkommissionen in einem wissenschaftlichen Beirat zusammengeführt werden sollen. Als erfolgreich könnte man die Arbeit der Stiftung aus Sicht der NS-Opferverbände bis dahin jedoch keinesfalls bezeichnen – und eine Balance sähe auch anders aus. Der Streit um das Gedenken in Torgau führte letztlich zum Eklat.

Torgau

Die Stadt war während der NS-Zeit eines der Zentren der Wehrmachtsjustiz – das größte Militärgefängnis befand sich im »Fort Zinna«, ein weiteres im »Brückenkopf«. 1943 wurde das Reichskriegsgericht nach Torgau verlegt. Mehr als 1.000 Todesurteile wegen Wehrmachtszersetzung und Desertion wurden hier vollstreckt. Die sowjetische Geheimpolizei richtete 1945 im »Fort Zinna« und in der benachbarten »Seydlitz«-Kaserne die Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 ein, in denen deutsche wie sowjetische Bürger*innen und Verurteilte sowjetischer Militärtribunale inhaftiert waren. Zwischen 1950 und 1990 saßen im DDR-Strafvollzug politische Gefangene. Seit 1990 befindet sich hier die JVA Torgau.

Die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e. V. kritisierte von Beginn an die Form des Gedenkens am »Fort Zinna«. Zum einen die räumlich nicht vorhandene Trennung der Bereiche, zum anderen die wiederkehrende Würdigung von durch sowjetische Gerichte verurteilten NS-Tätern durch die »Vereinigung der Opfer des

Stalinismus«. Streitpunkt war nicht zuletzt auch die mangelhafte Darstellung der Wehrmachtsjustiz und ihrer Opfer in der Dauerausstellung des Dokumentations- und Informationszentrums Torgau. Da die »Diskussion wichtiger Sachfragen unter persönlichen Angriffen leide« und damit keine konstruktive Arbeit in den Stiftungsgremien mehr möglich war, forderte die Bundesvereinigung seit Ende 2000 die Trennung der Beiräte – für die NS- und die SBZ/DDR-Zeit. Als das abgelehnt wurde, stellten auch der Zentralrat der Juden in Deutschland und der Landesverband der jüdischen Gemeinden in Sachsen ihre Mitarbeit im Stiftungsbeirat ein. Ab 2002 wurde über das neue Stiftungsgesetz beraten. Insbesondere das Zusammenlegen der Beiräte sollte »nicht das Trennende, sondern das Verbindende zwischen den Opfern vor und nach 1945 (...) betonen«, wie der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Mathias Rößler (CDU), – qua Amt der Stiftungsratsvorsitzende – festhielt. Als das Gesetz schließlich im Februar 2003 verabschiedet wurde, fand sich darin keine explizite Unterscheidung zwischen den NS-Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der DDR oder auch nur die Benennung von Nationalsozialismus, sowjetischer Besatzungszeit und DDR. Der Zentralrat der Juden in Deutschland zog sich daraufhin auch aus einem weiteren Gremium, dem Stiftungsrat, zurück. Diesem Beispiel folgend, kündigten auch die anderen NS-Opfervertreter*innen, das Dokumentations- und Kulturzentrum der Deutschen Sinti und Roma, der Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e. V. (VVN-BdA), die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V. und das Dr. Margarete-Blank-Haus Panitzsch e. V., ihre Mitarbeit im Stiftungsrat auf. Ein Schritt, der bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte, insbesondere weil er unmittelbar in Zusammenhang mit dem gescheiterten Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Änderung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes stand, der sich maßgeblich am sächsischen Gesetz orientierte.

Neue Runde

In den Gedenkstättenstreit kommt erst 2010 wieder Bewegung. Die Novellierung des Stiftungsgesetzes wird verhandelt und 2012 verabschiedet. Fortan wird in einer Präambel die Singularität des Holocaust benannt und man einigt sich auf einen Kompromiss in Anlehnung an die Formel des Historikers Bernd Faulenbach im Schlussbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«: »Die vom Freistaat Sachsen errichtete Stiftung arbeitet die Wesensmerkmale und grundlegenden Unterschiede zwischen der Diktatur des Nationalsozialismus und der kommunistischen Diktatur heraus und vermittelt das Wissen um die Singularität des Holocaust. Sie relativiert nicht die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus mit Verweis auf die Verbrechen des Kommunismus. Ebenso bagatellisiert sie nicht die Verbrechen der kommunistischen Diktatur mit Verweis auf diejenigen des Nationalsozialismus.«

Zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Stiftungsgremien sagte der damalige Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer: »Wir haben hier eine Kröte zu schlucken. Wir schlucken die Kröte.« Der Bundesvereinigung NS-Militärjustizopfer und der VVN-BdA war der bloße Bezug auf die Faulenbach'sche Formel dann doch zu wenig. Zwar wurden ins Gesetz weitere künftige Gedenkstätten aufgenommen, darunter das ehemalige KZ Sachsenburg bei Chemnitz. Welche Priorität solchen Vorhaben jedoch eingeräumt wurde, zeigte sich im Konflikt um die Projektmittelfördervergabe der Stiftung. 2017 wurden 85 Prozent der Projektfördermittel – die nur einen Teil der Gesamtfinanzen der Stiftung ausmachen – für Projekte im Bereich SBZ und DDR bewilligt. Der Geschäftsführer der Stiftung, Siegfried Reiprich, verteidigte diese Zahl damit, dass dieses Ungleichgewicht zunächst »historisch bedingt [sei]: In Sachsen bestand – anders als etwa in Thüringen oder Brandenburg – keines der großen Hauptlager des NS-KZ-Systems. Demgegenüber war Sachsen das Zentrum der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR«.

Mal von der Unkenntnis über das NS-Lagersystem und der Rolle Sachsens dabei abgesehen, zeigt sich hier die konservative Entlastungserzählung nach 1989/90 und der Wunsch nach der eigenen Bedeutsamkeit. Dass »Sachsen an der Spitze des Fortschritts im Sinne des antitotalitären Konsens« marschiere, ist wichtiger als die wissenschaftlich-pädagogische Arbeit der Gedenkstätten. Folgerichtig bleiben die Mitarbeiter*innen der »Stiftung Sächsische Gedenkstätten Sachsen« unter Kolleg*innen isoliert. Das belegt die hart erkämpfte Evaluation der Stiftungsarbeit – bei aller Kritik an ihrer Umsetzung.

Eine kritische Bilanz der Stiftungsarbeit und sächsischen Erinnerungspolitik steht aus. Noch lange sind nicht alle Konflikte, Baustellen und offenen Fragen diskutiert. Ein Schritt war 2018 die Selbstorganisation von Vereinen, Initiativen, Geschichtswerkstätten und Einzelpersonen in der sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG) als geschichtspolitischem Netzwerk. Dieses will sich nicht nur mit dem Erinnern an die NS-Verbrechen beschäftigen, sondern auch die Auseinandersetzung mit Ideologie und Herrschaft in Sachsen suchen und das Engagement gegen neu-rechte und rassistische Politik stärken. Schließlich könnte ein weiterer Schritt eine inhaltliche Neuausrichtung der Stiftung mit der/dem zukünftigen Geschäftsführer*in sein.

#Befreiung

Überlebt! Und nun?

Mit der Befreiung der KZ-Häftlinge, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen nach dem Zweiten Weltkrieg war die Not der Verfolgten keineswegs vorbei. Viele hatten den nationalsozialistischen Terror nur knapp überlebt. Eine neue Wanderausstellung der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen schildert den überaus schwierigen Prozess des »Weiterlebens« nach dem Überleben.

von Lennart Onken



Am 3. Mai 1945 ergab sich die Stadt Hamburg kampflos dem britischen Militär. Für die mehr als 100.000 Menschen, die die Briten in den kommenden Tagen aus 571 Lagern und Haftstätten befreiten, bedeutete dies das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Terrors der SS, Wehrmacht und Gestapo.

Doch nicht für alle war die lang ersehnte Freiheit auch gleichzusetzen mit sofortiger Bewegungsfreiheit. Angesichts der Vielzahl der Befreiten und mangelnder Unterbringungsmöglichkeiten in der stark zerstörten Stadt wies das britische Militär die Befreiten zunächst an, in den Lagern zu bleiben. Darüber hinaus blieben in den Gefängnissen viele Inhaftierte teilweise noch wochenlang in Haft, ehe eine britische Prüfungskommission ihre Haftgründe geprüft hatte. Ende Mai entließ die Kommission all diejenigen, die aus offensichtlich politischen Gründen inhaftiert waren. Die übrigen warteten weiter auf die Öffnung der Gefängnistore. So etwa Artur Hapke, der gemeinsam mit Freund*innen Ausweisdokumente sowie Lebensmittelkarten gefälscht und diese an NS-Verfolgte ausgegeben hatte. Mit der Behauptung, er habe die Dokumente für den eigenen Bedarf hergestellt, war es ihm bei seiner Festnahme gelungen, die politischen Hintergründe seiner Tat zu verschleiern. Nach der Befreiung musste er nunmehr beweisen, dass seine Tat eben nicht kriminell, sondern politisch motiviert gewesen war. Erst im Januar 1946, knapp sieben Monate nach der Befreiung, erlangte Hapke seine Freiheit wieder.

Die Häftlinge des KZ Neuengamme

Das Konzentrationslager Neuengamme wurde von britischen Einheiten am 2. Mai leer vorgefunden. 4.000 vorwiegend skandinavische Häftlinge waren im Rahmen der Aktion »Weiße Busse« durch das Internationale und Schwedische Rote Kreuz in das skandinavische Land evakuiert und so gerettet worden.

Ein Großteil der in den Außenlagern inhaftierten Männer und Frauen war im Zuge von Räumungsmärschen in die »Auffanglager« Sandbostel, Wöbbelin und Bergen-Belsen gebracht worden. Die Bedingungen in diesen Lagern spotteten jeder Beschreibung: Die Baracken waren hoffnungslos überfüllt, es grassierten Typhus und Fleckfieber, die Versorgung mit Nahrung und Medikamenten war völlig unzureichend. Tausende starben noch kurz vor und nach ihrer Befreiung.

Die letzten 9.000 Häftlinge des Hauptlagers wurden Ende April aus dem KZ Neuengamme auf Schiffe in die Lübecker Bucht gebracht. Bei einer irrtümlichen Bombardierung der beiden mit KZ-Häftlingen vollbesetzten Schiffe »Cap Arcona« und »Thielbek« durch die britische Royal Air Force, die Absetzbewegungen deutscher Truppen nach Skandinavien verhindern wollte, starben am 3. Mai mehr als 6.600 Gefangene. Augenzeugen berichteten, dass die KZ-Wachmannschaften noch im Wasser auf die sich zu retten versuchenden Menschen schossen. Nur 450 von ihnen überlebten die Katastrophe. Die letzten Kriegswochen waren also gezeichnet von einer Gleichzeitigkeit von Rettung und Massensterben.

Hamburger Behörden

Hamburger*innen waren im Nationalsozialismus in verschiedene Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt worden. Sie erlebten ihre Befreiung daher oftmals Hunderte von Kilometern von Hamburg entfernt. Mit der Rückkehr in ihre Heimatstadt verband sich für viele die Hoffnung auf eine Rückkehr in ein »normales« Leben.

Am 19. Mai traf sich unter der Leitung des bereits seit 1939 amtierenden Sozialsenators Oskar Martini – der im Nationalsozialismus auch KZ-Einweisungen und Zwangssterilisationen verantwortet hatte – eine Arbeitsgruppe bestehend aus Sozialverwaltung, Kriminalpolizei und dem »Komitee ehemaliger politischer Gefangener«, um Regelungen zur Versorgung der nach Hamburg zurückkehrenden

KZ-Häftlinge zu treffen. Die AG richtete einen bei der Kriminalpolizei angesiedelten Erkennungsdienst ein, der nach reiflicher Prüfung durch Mitarbeiter*innen des »Komitees ehemaliger politischer Gefangener« Entlassungsscheine ausstellte, die Voraussetzung für den Bezug von Unterstützungsleistungen waren. Die AG führte eine folgenschwere Differenzierung der ehemaligen KZ-Insass*innen durch: Sie teilte die Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung in »politisch« Verfolgte und »Kriminelle« ein. Nur die erste Gruppe hatte dabei Anspruch auf Unterstützungsleistungen wie Geldleistungen für eine Dauer von drei Monaten, Bezugsscheine für Lebensmittel und Kleidung sowie im Bedarfsfall einen Schlafplatz. Die als »Kriminelle« kategorisierten Befreiten erhielten lediglich eine befristete Lebensmittelzulage und mussten sofort wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Die Unterscheidung in »politisch Verfolgte« und »Kriminelle« war dabei durchaus auch im Interesse des »Komitees ehemaliger politischer Gefangener«. Als ein maßgeblich von politischen Verfolgten gegründeter Verband hatte er es sich zum Ziel gesetzt, den Wiederaufbau eines besseren Deutschlands mitzugestalten. Mit den als »kriminell« Geltenden in einen Topf geworfen zu werden, hätte dem eigenen Anspruch schaden können. In der Praxis erwies sich die Unterscheidung jedoch als kaum tragfähig, schon allein, weil mit den jüdischen Verfolgten die größte Gruppe der nationalsozialistischen Verfolgung zunächst gar nicht erwähnt wurde. Dabei war ihre Situation besonders prekär: Oftmals waren ihre gesamten Angehörigen ermordet und ihr Besitz geraubt worden. Von einer Rückkehr »nach Hause« konnte hier kaum die Rede sein.

Vom KZ-Häftling zur »Displaced Person«

Die Mehrzahl der 100.000 in Hamburg befreiten KZ-Häftlinge, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen waren aus den von Deutschland besetzten Ländern nach Hamburg verschleppt worden. Die aus alliierten Staaten stammenden Menschen galten gemäß SHAEF Memorandum No. 39 vom April 1945 als »Displaced Persons« (DPs). Für ihre Versorgung und Betreuung waren in der britischen Zone, also auch in Hamburg, die britische Militärregierung und die UN-Hilfsorganisation UNRRA verantwortlich. Für die Unterbringung griffen sie mitunter auf bereits bestehende Lager zurück, besserten sie aus und erklärten sie zu sogenannten »DP-Camps«. Das größte dieser Lager in Hamburg, das auf dem heutigen Messegelände lokalisierte DP-Camp »Zoo«, durchliefen in einem Zeitraum von vier Monaten mehr als 80.000 Menschen.

Erklärtes Ziel der (west-)alliierten DP-Politik war eine rasche Repatriierung der DPs, die Zurückführung in die jeweiligen Herkunftsländer. Dafür wurden sie nach Nationalitäten getrennt und in sogenannte »National-Camps« verbracht. Bis Ende Mai konnte so ein Großteil der nord- und westeuropäischen DPs repatriiert werden. Auch die zahlreichen sowjetischen DPs wurden schnell zurückgeführt, da die sowjetische Regierung auf eine zügige und ausnahmslose Rückkehr ihrer Staatsangehörigen drängte. Ihre Repatriierung fand jedoch oftmals gegen ihren erklärten Willen und unter Zwang statt. Zudem wurden die Zurückgekehrten zunächst in »Filtrationslagern« überprüft, manche gar erneut in Arbeitslager eingewiesen.

Repatriierung oder Emigration

Im September 1945 befanden sich in Hamburg nur noch rund 7.300 DPs, viele von ihnen aus Polen oder Jüdinnen und Juden vorwiegend osteuropäischer Herkunft. Diese wehrten sich aus unterschiedlichen Gründen gegen eine Repatriierung: Während viele Pol*innen die politischen Umbrüche in ihrem Heimatland ablehnten, hatten die meisten der jüdischen Überlebenden aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Kriegszeit kein Interesse an einer Rückkehr, sondern strebten nach einem Neuanfang in einem anderen Land, mehrheitlich in einem jüdischen Staat in Palästina. Insbesondere in Polen kam es auch nach der Befreiung zu antisemitischen Pogromen, denen aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern Zurückkehrende zum Opfer fielen. Die britische DP-Politik, die die Jüdinnen und Juden nicht als eigenständige Gruppe, sondern unter ihre jeweilige nationale Herkunft subsumierte und sie mitunter sogar zusammen mit ehemaligen NS-Kollaborateuren in einem DP-Camp unterbrachte, verkannte die Logik der nationalsozialistischen Judenvernichtung: Denn die Jüdinnen und Juden waren von den Nationalsozialist*innen eben nicht als Pol*innen oder Balt*innen, sondern als Juden verfolgt, deportiert und ermordet worden. Die Erfahrung der Shoa hatte sie zu einer Schicksalsgemeinschaft geformt. Sie wehrten sich daher entschieden gegen eine Repatriierung gemäß ihrer in Form einer Staatsbürgerschaft verbrieften Herkunft und drängten auf Möglichkeiten der Emigration.

Verschiedene internationale jüdische Hilfsorganisationen gründeten in Zusammenarbeit mit dem im DP-Camp Bergen-Belsen ansässigen Zentralkomitees der befreiten Juden in der britischen Zone und mit Unterstützung der im September 1945 neugegründeten Jüdischen Gemeinde Hamburg Schulen und Ausbildungszentren, ein Heim für verwaiste jüdische »Child survivors« und sogar ein Fischereikibbuz, die allesamt auf die Auswanderung und einen Neubeginn vornehmlich in Palästina vorbereiten sollten. Die von jüdischer Seite erhobenen Forderungen nach einer kollektiven Anerkennung der Jüdinnen und Juden als Nation sowie einer ungehinderten jüdischen Emigration nach Palästina, das unter britischem Mandat stand, brachte sie zusehends auf Konfrontationskurs mit der britischen Besatzungsmacht. Das belastete das Verhältnis der Befreiten zu ihren Befreiern nachhaltig und ließ in vielen jüdischen Überlebenden die Verzweiflung und die Überzeugung entstehen, zwar »gerettet, aber nicht befreit« worden zu sein, wie es Norbert Wollheim, der Vizepräsident des Zentralkomitees, im August 1945 formulierte.

»Wiedergutmachung«?

An die Befreiung aus den nationalsozialistischen Lagern und Haftstätten schloss sich für die Verfolgten oft ein langwieriger und häufig auch ausgesprochen demütigender Kampf um Anerkennung an. Hinter der Forderung nach »Wiedergutmachung« stand die anhaltende materielle Not: Nur selten konnten ehemals Verfolgte an ihre früheren Arbeitsstellen zurückkehren; Jüngere hatten ihre Schul- und Berufsausbildung nicht beenden können und standen nun ohne Qualifikation da. Viele waren von der jahrelangen Haft physisch und psychisch so gezeichnet, dass sie berufsunfähig waren und auf staatliche Unterstützung angewiesen blieben.

In Hamburg gelang es einigen ehemals Verfolgten, wichtige Ämter und Funktionen in den Behörden zu erlangen. Mit der Schaffung des Amts für Wiedergutmachung als eigenständigem Senatsamt sowie der Übertragung desselben an den Senator, Kommunisten und Überlebenden des KZ Neuengamme, Franz Heitgres, konnten erste



Gruppenfoto aus dem DP-Camp »Churchill« in der Kieler Straße in Hamburg-Stellingen, 17. Juni 1945. »Zur Erinnerung an die Freundinnen aus dem Lager« notierte Helene Polanc auf der Rückseite. Zusammen mit anderen Jugoslawinnen war sie nach der Befreiung aus dem Außenlager Eidelstedt in das DP-Camp verlegt worden.

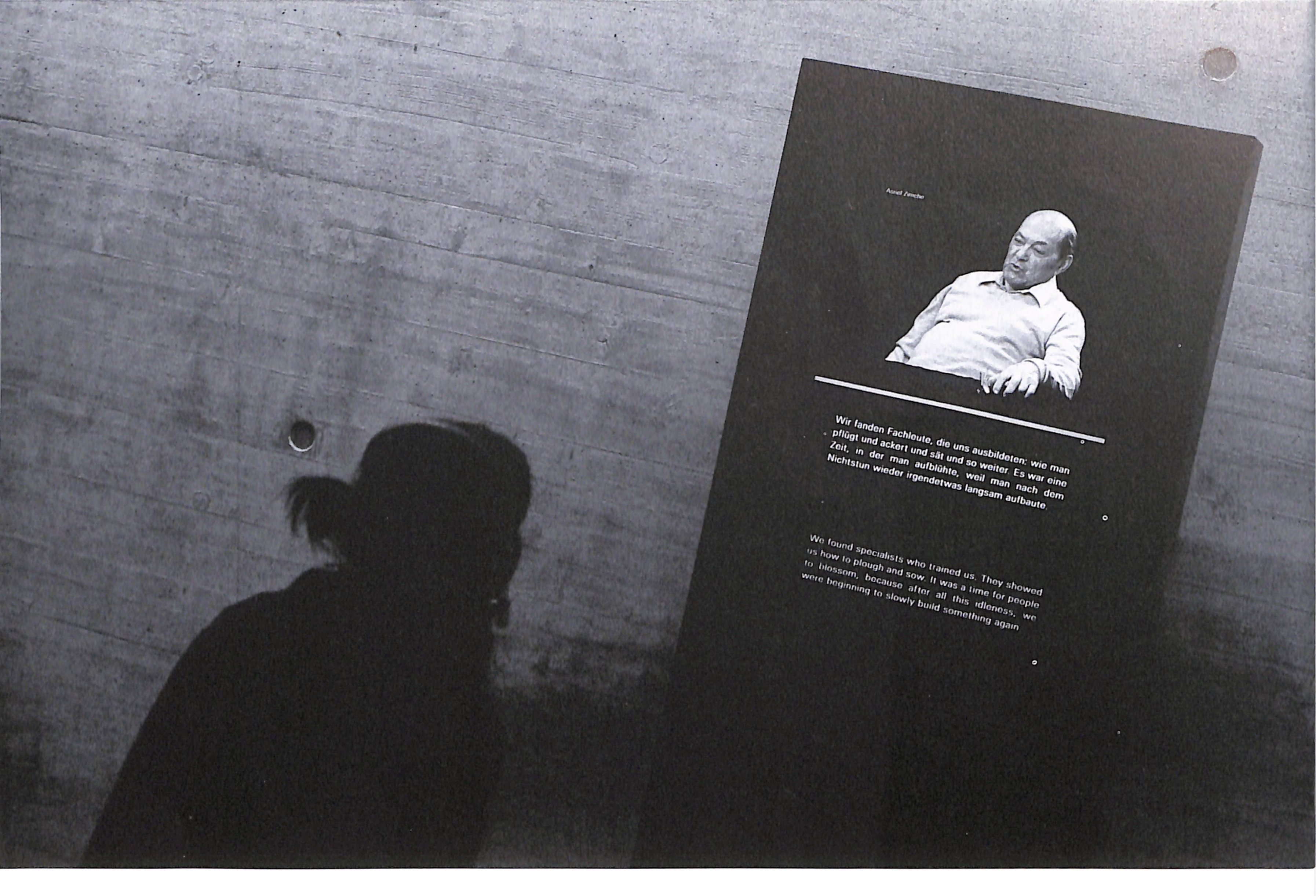
Erfolge erzielt werden. Doch auch für diese Gesetzgebungsverfahren blieb die Unterscheidung in »politisch Verfolgte« und »Kriminelle« gültig. Anspruch auf Entschädigungsleistungen hatten nur diejenigen, die aus politischen, rassischen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt worden waren – ausgeschlossen blieben als »asozial« oder »kriminell« Stigmatisierte. Einem Urteil des BGH von 1956 zufolge zählten hierzu auch viele Sinti und Sintizze sowie Roma und Romnja. Der BGH hatte geurteilt, dass deren Verfolgung und Vernichtung nicht zwingend aus rassischen, sondern oftmals aus »kriminalpräventiven« Motiven erfolgt sei. Ein Anspruch auf Entschädigungsleistungen bestand demnach in vielen Fällen nicht.

Sicherungsverwahrte und als »kriminell« oder »asozial« Stigmatisierte konnten auch für Gesundheitsschäden keine Entschädigung erhalten. So wurde etwa der Antrag auf Wiedergutmachung von Karl Hövelborn abgelehnt. Er hatte als »Sicherungsverwahrter« im KZ Neuengamme nach eigenen Angaben durch Schläge »mittels Faust und sog. Ochsenziemer« fast sämtliche Zähne eingebüßt. Vergeblich insistierte er darauf, dass auch »kriminell Vorbestraften« wie ihm »im und durch das KZ Unrecht geschehen« sei. Andere traf es noch härter: Der zu Sicherungsverwahrung verurteilte Berufskraftfahrer Otto Karl Ernst war 1943 in das KZ Neuengamme überstellt worden. Nach seiner Befreiung im KZ Ravensbrück kehrte er nach Hamburg zurück. Dort wurde er im September 1945 erneut inhaftiert – denn seine KZ-Haft galt als Unterbrechung der Sicherungsverwahrung, die also nachzuholen sei. Stichtags- und Wohnortregelungen schlossen weitere Überlebende von jeglicher Unterstützung und symbolischer Anerkennung aus.

Schwieriger Neubeginn

Das Weiterleben nach dem Überleben war für die NS-Verfolgten ein überaus schwieriger Prozess. Sie hatten nicht nur mit Erfahrungen der Entrechtung, Verfolgung und Deportation und den daraus resultierenden Traumata zu kämpfen, sondern sahen sich von Beginn an im Konflikt mit den für sie zuständigen Behörden. Obwohl die Behandlung der Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung durch die deutschen Behörden auch so etwas wie ein Prüfstein für ein neues, demokratisches und »anderes« Deutschland war, klaffte eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Wiedergutmachungspraxis. Viele der NS-Verfolgten blieben bis an ihr Lebensende ohne jede Anerkennung und Entschädigung. Von einer Aufarbeitung der Vergangenheit kann im Hinblick auf die soziale und gesellschaftliche Wiedereingliederung der aus der »Volksgemeinschaft« Ausgestoßenen in der breiten Masse jedenfalls keine Rede sein.

Die zweisprachige, deutsch-englische Wanderausstellung wurde erstmals vom 16. Januar bis 9. Februar 2020 im Hamburger Rathaus präsentiert. Sie kann bei der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen ausgeliehen werden und ist auch online einsehbar.



Gedenkstätte Bergen-Belsen

#Weiterdenken

Die Zeitzeug*innen sterben. Wir können es nicht ändern.

Immer lauter werden in den letzten Jahren die fast schon verzweifelten Rufe, dass die Zeitzeug*innen der Shoa, des Porajmos und des Kriegs überhaupt sterben. Die Rufe hört man auch aus Gedenkstätten, die mit eben jenen Zeitzeug*innen ihre Vermittlungsarbeit machen. Doch gab es nicht Zeit genug, sich darauf vorzubereiten? Einige haben es getan. Ein Überblick zu den Alternativen, die allerdings keine Menschen ersetzen können.

von Juna Grossmann

Im Zuge der Dreharbeiten zu »Schindlers Liste« entstand 1994 die vom Regisseur Steven Spielberg gegründete Shoa Foundation, die bis heute etwa 52.000 Interviews mit Überlebenden in ihren Archiven hat. Die Überlebenden wandten sich an ihn, um ihre Geschichte zu erzählen. Hatte sich bis dato niemand interessiert? Es war der Startschuss für eine Welle an Interviews weltweit. Die Videointerviews zeigten, anders als Papier, auch die Menschen dazu. Heute wird an der Interviewtechnik und den Fragen von Historiker*Innen viel kritisiert. Doch wären keine Interviews besser? Jedes Zeugnis ist wichtig. Papier allein kann nichts von Gefühlen und Sichtweisen erzählen. Zur Geschichte eines Menschen gehört auch seine Persönlichkeit. Die findet sich jedoch nicht in Akten der Nationalsozialist*innen oder auf Erfassungsfotos in den Lagern.

Die Interviews dauern zum Teil viele Stunden. Eine Geschichte ist so lang, wie sie ein Mensch erzählt. Seit 2009 kann man diese, wie auch andere Interviews zum Beispiel mit ehemaligen NS-Zwangsarbeitenden über die FU Berlin unter *zeugendershoah.lernen-mit-interviews.de* und *zwangsarbeit-archiv.de* abrufen. Hier gibt es auch die nötigen Unterrichtsmaterialien und gekürzte Versionen passend für den Unterricht.

Holografische Zeitzeug*in?

Schlagzeilen machte die Shoa Foundation, die inzwischen Teil der University of Southern California ist, spätestens 2012 mit ihrem Projekt »New Dimensions in Testimony«, in dem sie neue Technologien einsetzen wollte, um das Erlebnis eines realen Zeitzeug*innengesprächs nachzuempfinden. Pinchas Gutter, Überlebender des Ghettos Warschau, des Konzentrationslagers Majdanek und eines Todesmarsches, wurde zum Modellprojekt. Das Besondere war nicht etwa das vermutete 3D-Bild, sondern die Möglichkeit in Echtzeit Fragen zu stellen, die wie in einem realen Gespräch beantwortet werden würden. Dazu werden den Überlebenden bis zu 2.000 verschiedene Fragen gestellt und von ihnen beantwortet.

Mittlerweile sind 20 dieser Interviews auf der Seite der Shoa Foundation veröffentlicht, darunter auch das Interview mit der in Deutschland sehr bekannten Anita Lasker-Wallfisch. Die Interviewsprachen sind Englisch, Russisch und mit Madame Xi, Überlebende des Nanjing-Massakers, auch Mandarin.

Ausdrücklich für Museen und Gedenkeinrichtungen gedacht, wird das Bild auf eine spezielle 2D-Wand übertragen. Noch immer ein anderes Erlebnis als auf einem Monitor oder Leinwand. In Europa ist die zugehörige Wanderausstellung »Speaking Memories – The Last Witnesses of the Holocaust« derzeit in Schweden zu sehen.

Berührungsängste und Kritik

Warum findet man diese Interviews nicht in deutschen Gedenkstätten und Museen?

Erinnere ich mich an die ersten Projektpräsentationen in Deutschland, war da vor allem eines: Skepsis. Ob es weiter diese Bedenken sind oder die Sprachen der Interviews, die eben nicht übersetzt wurden, mag jeder Ort für sich selbst entscheiden. Klar ist, »Speaking Memories« ist ein Versuch, ein Gesprächserlebnis zu erhalten, das es so nicht mehr geben wird. Ein Versuch, der deutlich besser ist, als eine fast selbstmitleidartige Larmoyanz darüber, dass man bald keine Zeitzeug*innen mehr einladen könne.

Vorbehalte gegenüber vermeintlich neuer Technik war auch in der Gedenkstätte Bergen-Belsen zu beobachten, als die Idee des Enkels eines dort verstorbenen Häftlings umgesetzt wurde. Paul Verschure stellte bei seinem Besuch fest, dass es kaum noch Spuren der ehemaligen Gebäude gibt. Erst als er 2012 die Idee, das Lager virtuell zu rekonstruieren und so sichtbar zu machen, vor Überlebenden präsentierte und sich diese angetan zeigten, schien die Skepsis zu weichen. »Skeptischer war eher die zweite Generation. Die Überlebenden selbst sehen darin eine Möglichkeit, auch dann noch die Geschichte des Lagers zu erzählen, wenn sie es selbst nicht mehr können«, sagte Stephanie Billib von der Gedenkstätte Bergen-Belsen in einem Interview mit der Deutschen Welle.

Kritik ist daran zu üben, dass es versäumt wurde, den Orten, die in Kontakt mit den Überlebenden standen und stehen, den nicht nur ideellen, sondern vor allem auch den finanziellen und fachlichen Auftrag zu geben, die Erinnerungen der Menschen mindestens auf Film festzuhalten. Oft wurden diese Gelegenheit aus finanziellen Gründen nicht wahrgenommen. Nicht alle Überlebenden leben in Deutschland. Reisen waren vonnöten, Teams vor Ort, gute verlässliche Dolmetscher*innen. Das sprengt leicht das Budget eines Gedenkortes.

Auch außerhalb des Angebots der FU Berlin gibt es Datenbanken mit Zeitzeug*inneninterviews, doch scheint hier eher ein System der Konkurrenz als der Zusammenarbeit zu existieren. Wie anders ist zu erklären, dass Nutzer*innen sich durch diverse Suchergebnisse klicken müssen – meist nur nach Anmeldung, die mehr oder weniger lange dauert –, um das für sie passende Angebot zu finden? Es gibt keine zentrale Datenbank, die alle in Deutschland verfügbaren Angebote bündelt oder wenigstens auf andere Angebote verweist. Nicht nur für Laien kann das Frust bedeuten.

Alternativen zu Videos

Gibt es noch weitere Möglichkeiten der Arbeit, wenn die Menschen gegangen sind und man keine Videos nutzen will oder kann?

Vor einigen Jahren haben Gedenkstätten damit begonnen, mit den nächsten Generationen zu arbeiten – oft aus dem Wunsch der zweiten und dritten Generation entstanden, weiter in Kontakt mit den Gedenkorten zu bleiben. Kinder erzählen die Geschichte ihrer Eltern. Der Aspekt der »Zweiten Generation«, also wie die Kinder der Opfer damit leben und welche Folgen es für sie und ihr Leben hat, scheint in Deutschland außerhalb der Communities keine Rolle zu spielen. Zwar sieht man in den letzten Jahren mehr Hinwendung zum Thema »Kriegskinder«, doch liegt der Fokus hier eher auf den Kindern der nationalsozialistischen Gesellschaft. Die Geschichten der Opferkinder und -enkel werden übersehen. Das Projekt AMCHA Deutschland, das in Israel und Deutschland psychosoziale Betreuung von Überlebenden der Shoa und inzwischen auch ihrer Angehörigen anbietet, versucht mit seinen Bildungsangeboten und der Wanderausstellung »Leben nach dem Überleben« den Fokus zu erweitern – ein Aspekt, der zukünftig in die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiter*innen in Gedenkstätten und Museen Einzug halten sollte.

Und nun?

Wer darf die Geschichten erzählen? Wer hat das fachliche und inhaltliche Wissen? Vereine wie Zweitzeugen e. V. versuchen, einen anderen Weg für Schulen zu finden und erzählen selbst die Geschichten der zuvor durch sie interviewten Überlebenden. Nicht allen gefällt dieser Versuch. Vielleicht ist es an der Zeit, dass es zur institutionalisierten Bildungsarbeit gehört, selbst in Schulen zu gehen, statt zu erwarten, dass die Schulen zu ihr kommen. Die Zeitzeug*innen sterben. Wir hatten 75 Jahre Zeit, ihr Wissen und ihre Erinnerung festzuhalten. Wir haben es oft genug versäumt, aufgeschoben und als nicht nötig erachtet – sie waren ja da. Das ist nun vorbei. Alles Jammern hilft nicht. Andere Wege sind zu finden und sie sind da. Deutschland, das sich rühmt, die beste Erinnerungsarbeit zu machen, gar Erinnerungsweltmeister zu sein, hätte etwas mehr Mut zu anderen innovativen und auch experimentellen Formaten gutgetan, statt im immer selben vermeintlich erprobten System fest zu verharren. Angesichts des mittlerweile wieder offen zur Schau getragenen Hasses sollten wir uns fragen, ob unsere Erinnerungsarbeit tatsächlich so gelungen ist, wie wir gern glauben.



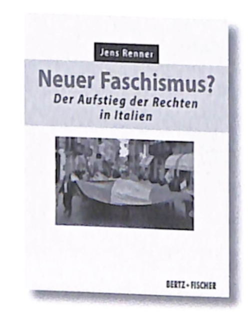
Terror gegen Jüdinnen und Juden

von Yvonne Weyrauch

Im Oktober 2019 hält eine speziell angefertigte Holztür einen schwerbewaffneten Täter davon ab, in die Synagoge von Halle einzudringen und ein Blutbad anzurichten. Die dort zutage getretene antisemitische Gewalt sowie das Versagen des Staates in seiner Schutzfunktion sind der Ausgangspunkt des Buchs »Terror gegen Juden« von Ronen Steinke. Der Autor stellt nicht nur in einer beachtlichen, rund 90-seitigen Chronik die Kontinuität antisemitischer Gewalt seit 1945 dar, sondern verdeutlicht auch, dass der verharmlosende Umgang staatlicher Strukturen mit antisemitischen Taten kein Novum ist. Anhand der Beispiele des Mordes an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen 1980 sowie des Brandanschlags auf das jüdische Altenheim in München 1970 zeigt der Autor auf, dass auch bei antisemitischen Delikten Ermittler*innen das Tatmotiv bei Betroffenen suchten. Vertrauen in Polizei und Justiz sei daher kaum vorhanden und führe dazu, dass antisemitische Straftaten selten angezeigt würden, was wiederum die Polizeistatistik verzerre. Daraus ergebe sich ein riesiges Dunkelfeld. Steinke konstatiert: Der Staat versagt häufig beim Schutz jüdischer Einrichtungen. Nicht nur in Halle liefen Anfragen nach Unterstützung ins Leere.

Auch die Justiz gehe sehr nachsichtig mit antisemitischen Straftaten um. Sie verkenne beispielsweise, dass moderner Antisemitismus über Anspielungen und Chiffren funktioniert. Antisemit*innen hätten gelernt, »wie man judenfeindliche Parolen so verpackt, dass man auf größere richterliche Nachsicht rechnen darf«. Zudem existiere eine Sehschwäche der Justiz gegenüber muslimischem Antisemitismus, indem beispielsweise antisemitische Gewalt mit dem Nahostkonflikt legitimiert werde. Zu einer verzerrenden Wahrnehmung des muslimischen Antisemitismus trage auch die Polizeistatistik bei, die Straftaten dem «Rechtsextremismus« zurechne, wenn keine gegenteiligen Anhaltspunkte vorliegen. Dieses Vorgehen kann auch linken Antisemitismus verschleiern, dem Steinke mit Fokus auf den antisemitischen Terror Ende der 1960er/Anfang der 1970er ein eigenes Kapitel widmet. Der Autor verharrt bei seinen Ausführungen nicht bei einer bloßen »Anklage«, sondern formuliert auch Forderungen an den Rechtsstaat. Für die Debatte zum Umgang mit antisemitischer Gewalt stellt sein Buch einen wichtigen und sehr lesenswerten Beitrag dar.

Ronen Steinke: Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage, Berlin 2020, Berlin Verlag. 252 Seiten, 18 Euro



Neuer Faschismus?

von Sebastian Friedrich

Der englische Historiker Perry Anderson sagte einmal, die politische Situation in Italien sei ein Konzentrat der europäischen Situation. Dem schließt sich der Publizist Jens Renner in seinem neuen Buch über die verschiedenen Fraktionen der Rechten in Italien an. Er zeichnet darin deren jüngsten Aufstieg nach und stellt die verschiedenen Strömungen vor: von Salvinis »Lega« über »Fratelli d'Italia« bis hin zur »CasaPound«-Bewegung. Renner, der regelmäßig für die Schweizer Wochenzeitung, den Freitag und die linke Monatszeitung analyse und kritik über Italien schreibt, informiert kenntnisreich, verliert sich aber nicht in Details und gibt so den Leser*innen auf den 160 Seiten einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklungen der vergangenen Jahre. Das Buch ist dabei hochaktuell, selbst die Reaktionen der Rechten auf die Corona-Pandemie skizziert der Autor in einem kurz vor Drucklegung hinzugefügten Epilog. Renner referiert aber nicht nur Fakten und Ereignisse, sondern kontextualisiert, ordnet ein und bewertet. So stellt er seiner Analyse ein aufschlussreiches Kapitel über die Vorgeschichte des jüngsten Aufstiegs der Lega voran und macht dabei klar, wie sehr der Politikstil Silvio Berlusconis seit Mitte der 1990er Jahre die politische Kultur in Italien nachhaltig geprägt hat.

Die Leitfrage des Buchs lautet, ob es sich mit Blick auf die »Lega« und andere Parteien um eine faschistische Bewegung im Stile Mussolinis handelt. Renner wägt hier ab: Es gebe durchaus ideologische Überschneidungen, auch das Zusammenspiel von staatlicher und selbstorganisierter Gewalt, ein weiterer Wesenskern des klassischen Faschismus, treffe teilweise zu. Dennoch bestehe von Seiten der Elite aktuell kein großes Interesse an einer offen faschistischen Diktatur. Doch mit der »Lega« und der stärker werdenden »Fratelli d'Italia« gebe es die realistische Option eines offiziell demokratisch legitimierten, letztlich aber autoritären Regimes.

Ein solches dürfte wohl Matteo Salvini, dem ehemaligen Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten von der »Lega«, vorgeschwebt haben, als er die Koalition mit der »Movimento Cinque Stelle« (M5S) 2019 aufkündigte. Doch er hatte sich verzockt: Statt Neuwahlen mit einer zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich siegreichen Lega fand die M5S mit der Partito Democratico einen neuen Koalitionspartner. Damit sei die Gefahr einer autoritären Transformation zwar nicht von Tisch, aber zumindest hätten linke Gegenkräfte Zeit gewonnen. Diesen Gegenkräften ist ein eigenes Kapitel gewidmet, dessen Fazit allerdings angesichts der schwierigen Lage der Linken nicht gerade euphorisch ausfällt. Renner übt sich in Zweckoptimismus: »Man kann nur hoffen, dass die Mitte-Links-Parteien, die sozialen Bewegungen und die radikale Linke die Chance nutzen, die ihnen Salvinis Blackout im August 2019 in den Schoß gelegt hat.«

Das gut lesbare Buch sei allen empfohlen, die sich über die komplexe Lage in Italien informieren wollen und dabei auch fundierte linke Einschätzungen suchen.

Jens Renner: Neuer Faschismus? Der Aufstieg der Rechten in Italien. Berlin 2020, Bertz und Fischer Verlag. 160 Seiten, 8 EUR.



Faschismustheorien

von Charles Paresse

»Allgemeine Faschismustheorien« will das Buch vorstellen – und das gelingt. Unterschiedliche Ansätze, Faschismus als Ideologie und Bewegung wie auch als Form von Herrschaft zu erklären, versammelt der lesenswerte Band. Er führt in Theorien ein und will anregen »Originaltexte« zu lesen. Von der Geschichte des Begriffs mit seinen Ursprüngen in Italien und seiner Verwendung als »Kampfbegriff« in der Weimarer Republik über unterschiedliche Theorien der damaligen Zeit, der Totalitarismustheorie im »Kalten Krieg«, bis hin zu neueren und jüngsten Versuchen, das Phänomen begrifflich zu fassen. Ausführlich geht der Band auch auf Stärken und Schwächen linker und marxistischer Faschismustheorien ein.
Eine Stärke des Buches ist es, einen Überblick über Theorien aus den Jahren 1920 bis 2010 zu bieten, und dabei auch jene Theorien und Autor*innen zu streifen, die anderswo untergehen. Gerade marxistische Ansätze aus den 1960er und 1970er Jahren bringt der Band wieder in Erinnerung, zum Beispiel die Forschungen von Reinhard Opitz oder Reinhard Kühnl – aber auch neuere Ansätze, wie von Nicos Poulantzas, Zeev Sternhell, Wolfgang Wippermann, Roger Griffin oder Robert Paxton. Gerade die Forschungen im englischsprachigen Bereich der letzten Jahre haben zu selten den Weg in die deutschsprachigen Debatten gefunden, auf diesen Mangel weist das Buch hin und bietet Abhilfe. Eine weitere Stärke ist es – selbst wenn man manche Überlegungen nicht teilt oder sie zu kurz greifen –, die Brücke ins Heute zu schlagen und den Begriff des Faschismus in Bezug zu aktuellen Begriffen, wie »Rechtspopulismus« oder »illiberale Demokratie«, zu setzen. Deutlich zu knapp geraten sind die Passagen zu internationalen Phänomen wie zum Beispiel Japan, Türkei oder Indien. Hier hätte mehr Fundierung oder das Weglassen gutgetan.
Dem Buch gelingt es, unterschiedliche Theorien im Sinne einer Einführung greifbar zu machen. Notwendige Vertiefungen lassen sich aus den Texten und Hinweisen selbst erschließen. Naturgemäß kann eine solche Arbeit nicht umfassend sein und kann nicht alle Kontroversen nachzeichnen. Angesichts des internationalen Rechtsrucks der letzten Jahre und des Aufstiegs der »Alternative für Deutschland« in der Bundesrepublik, hat sich die Notwendigkeit gezeigt, Begriffe zu haben – zum Verstehen, und als eine Grundlage zur Entwicklung von Gegenstrategien. Dem dient das Buch.

Wörsching, Mathias: Faschismustheorien Überblick und Einführung. Stuttgart 2020, Schmetterling Verlag, 240 Seiten, 12 Euro

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 3, 5, 13, 14, 18, 36)
Robert Andreasch (Seite 4)
Roland Geisheimer / attenzione (Seiten 6, 7, 10, 24)
Nico Kuhn (Seite 20)
CC-BY-NC Rasande (Seite 26)
Gedenkstätte Neuengamme (Seiten 33, 35)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH.
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Vor 20 Jahren eröffnete das »Institut für Staatspolitik« (IfS), anfangs im hessischen Bad Vilbel, seit 2003 im sachsen-anhaltischen Schnellroda angesiedelt, den politischen Kampf im vorpolitischen Raum, um Debatten anzustoßen und Diskurse zu beeinflussen. Über Jahre blieb der Einfluss dieses heterogenen Netzwerks um Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, der auch den ebenfalls in Schnellroda ansässigen Verlag »edition antaios« leitet, vermeintlich ohne große Auswirkung.

Diese »Neue Rechte« räumte im Laufe der Jahre selbst ein, dass ihr Einfluss sich in der Mitte der Gesellschaft kaum bemerkbar mache. Die angebliche wissenschaftliche Arbeit führte anfänglich jedoch zu einer moderaten Rhetorik der radikalen Argumentation, die das Spektrum rechts von der Union nach und nach aufgriff.

Erst mit den diskursiven Verschiebungen durch renommierte Persönlichkeiten ohne extrem rechten Hintergrund stieg der politische Einfluss. Das Sag- und Wählbare verschob sich. Diese Raumgewinnung nutzte das IfS, das auch das Parlamentarische nicht ignorierte. Bei der Gründung der AfD waren Akteure aus dem Milieu dabei.

Ohne das einflussreiche Personennetz um Björn Höcke und den angeblich aufgelösten »Flügel« in der Partei bestünde das Institut nicht, es stellt Personal und entwirft Positionen. In der bundesdeutschen Geschichte war der neu-rechte Einfluss nie größer – bis in den Bundestag und die Redaktionen.

Inzwischen hat selbst der »Verfassungsschutz« das IfS zum rechten »Verdachtsverfall« erklärt und beobachtet die von dem Institut beeinflusste »Identitäre Bewegung« (IB) und den »Flügel« der AfD.

Nicht gerade das 1. Buch Mose, aber das erste des antifaschistischen Magazins »der rechte rand«



Das antifaschistische Magazin (Hrsg.)
Das IfS. Faschist*innen des 21. Jahrhunderts

Einblicke in 20 Jahre »Institut für Staatspolitik«

144 Seiten | Oktober 2020 | EUR 12.80
ISBN 978-3-96488-074-1